

Ver eins = Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder
sowie der freien eingeschriebenen Hilfsklasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 47.

Erscheint alle Sonnabende.
Abonnementpreis 1.50 Wk. pro Quartal
Redaktion und Expedition: Hamburg 22,
Schmalenbekerstr. 17, Fernspr. Amt 3, 3622.

Hamburg,

Sonnabend, 21. November 1908.

Anzeigen kosten die 4gespaltene Zeile
oder deren Raum 40 Pfg. (Der Betrag ist
stets vorher einzusenden.)
Ver einsanzeigen 20 Pfennig die Zeile ..

22. Jahrg.

Kollegen! Agitiert für den Verband.

Die Stellung der Scharfmacher zur Massenarbeitslosigkeit.

Die Massenarbeitslosigkeit wächst sich immer mehr zu einem Schreckgespenst aus, das die Gesellschaft beunruhigt. Und tagtäglich berichtet die Presse von weiteren Arbeiterentlassungen und Betriebseinschränkungen. Wie groß die Arbeitslosigkeit in unserem Berufe ist, der bekanntlich zu denen gehört, die alljährlich die höchsten Arbeitslosenziffern aufweisen, geht schon daraus hervor, daß ein großer Teil Werkstellen nur noch 1/6 des im Sommer vorhandenen Arbeitspersonals beschäftigt. Kollegen, die Jahrzehnte lang in größeren Betrieben gearbeitet haben und davon überzeugt waren, daß sie eine „sichere und dauernde Stellung“ haben, mußten erfahren, daß sie ebenso gleichgültig von ihrem Arbeitgeber auf die Straße gesetzt werden wie ihre jüngeren Mitarbeiter, wenn einmal faule Zeiten eintreten. Daß auch die Kleinmeister, die so oft unnötiger Weise in den Spuren der Scharfmacher sich bewegen, schwer unter der wirtschaftlichen Depression zu kämpfen haben, ist eine bekannte Tatsache. Nachstehende Zeilen eines Malermeisters aus einer Großstadt an den Vorstand der Krankenkasse, der er 31 M an abgezogenen Beiträgen schuldet, bedürfen keines Kommentars:

„In höflicher Beantwortung Ihres in Schreibens betr. meiner Liquidation über 31.00 M muß ich Sie höflich bitten, mir die Summe noch einige Zeit zu stunden. Ich habe schon seit längerer Zeit keinen Binselstrich zu tun. Geld kenne ich schon gar nicht mehr, hoffe aber, in kürzester Zeit die Angelegenheit zu erledigen.“

„Antwortlich Ihres geehrten Schreibens vom 29. 10. 08 teile ich ergebenst mit, daß ich nicht im Stande bin, Ihre Forderung zu begleichen. Mein Geschäft liegt vollständig darnieder, bin von meinen sämtlichen Lieferanten verklagt, so daß ich jeden Tag abgeholt werden kann, um den Offenbarungseid zu leisten. Ich stelle Ihnen anheim, über mich gerichtliche zu verfügen, teile Ihnen aber mit, daß ich nichts habe.“

Dies ist nur ein Beispiel von vielen. Allmählich wenden sich auch die bürgerlichen Kreise dem Arbeitslosigkeitsproblem zu und selbst die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ des Freiherrn von Reischwick sieht sich genötigt, diese Frage zu behandeln. Unter dem Frage-Titel „Arbeitslosigkeit?“, fördert sie ihre Weisheit zutage, die darauf hinausläuft, daß die moderne Massenarbeitslosigkeit dazu dienen müsse, um den Arbeitermangel auf dem Lande zu beseitigen. Die Scharfmacher wollen zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen, sie wollen die städtischen Arbeitslosen abschieben und den ländlichen Arbeitgebern billige Arbeitskräfte verschaffen.

Der Artikelschreiber der „Arbeitgeberzeitung“ äußert sich folgendermaßen:

„Daß Tausende von Arbeitern seit Monaten brotlos sind, behauptet die sozialdemokratische Presse und gründet auf diese Behauptung das Verlangen sofortiger Inangriffnahme von Notstandsarbeiten. Bestritten soll natürlich nicht werden, daß der Beschäftigungsgrad gegenwärtig ein weit geringerer ist, als zur Zeit der Hochkonjunktur, die nun leider schon seit mehr denn einem Jahre hinter uns liegt. Auf der anderen Seite aber lassen die Angaben der Arbeitsnachweise über das Verhältnis zwischen Stellenangebot und Stellennachfrage durchaus nicht erkennen, daß wir es vorläufig mit einem wirklich besorgniserregenden Grad der Arbeitslosigkeit zu tun haben. Hiervon abgesehen aber, erscheint gegenüber der so heftig geäußerten Forderung nach Staatshilfe die Frage durchaus am Platze, ob nicht die Hauptursache des von der Arbeiterpresse behaupteten Ueberwiegens der Stellensuche über die Stellenangebote, wenigstens zum guten Teil, auf einem ganz anderen Gebiete zu suchen ist, als auf dem der schlechten Wirtschaftslage. Der kürzlich veröffentlichte Geschäftsbericht der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg über das Jahr 1907/08 stellt fest, daß das Berichtsjahr in seiner ersten Hälfte (Herbst 1907) das ungünstigste gewesen ist, welches die brandenburgische Landwirtschaft erlebt hat. Es mangelte an allen Arten landwirtschaftlicher Arbeiter, die Löhne der Arbeiter und Provisionen der Agenten gingen sprunghaft in die Höhe, die Kontraktbrüche nahmen überhand. Die Spannung auf dem Arbeitsmarkt ließ erst nach, als sich im Winter und Frühjahr 1908 ein Abflauen der industriellen Hochkonjunktur bemerkbar machte. Doch nicht nur das flache Land

hat dermaßen mit Arbeitermangel zu kämpfen gehabt, sondern auch die kleinen Städte. Alles drängt eben der Großstadt zu, wofür die ländliche Agitation der Herren Genossen mit in erster Linie in Anschlag zu bringen ist. Die fast durchgängig für die gewerbliche Arbeit wenig oder gar nicht qualifizierten Zugewanderten werden von Industrie und Handwerk nur in den äußersten Notfällen eingestellt und liegen dann, wenn der Beschäftigungsgrad sich verringert, auf der Straße. Trotzdem aber ist das Bemühen, diese überschüssigen Elemente wieder auf Land zurückzubringen, ein äußerst schwieriges. Denn das Studium der sozialdemokratischen Zeitungen und die Beteiligung an den öffentlichen Versammlungen eröffnet ihnen ja die Perspektive darauf, daß schließlich Staat und Gemeinde verpflichtet sind, für die Arbeitslosen zu sorgen, wie denn nach alledem die Berücksichtigung dieses Verlangens geradezu wie eine Prämie auf die Furcht und die Landflucht wirken muß. Es ist ein vollkommener Irrtum, wenn man annimmt, daß den städtischen Arbeitgebern das Vorhandensein dieser ungelerten Arbeiterreserve am Herzen liegt. Im Gegenteil, sie wissen sehr gut, daß das zu politischen Zwecken unternommene Karabieren mit den Zahlen der unbefähigten Arbeiter äußerst verstimmend auf das ganze Geschäftsleben einwirken muß, und daß sie, wenn es zur Kostenzahlung für die geforderte Hilfsaktion kommt, aus naheliegenden Gründen die Hauptleidtragenden sind.“

Die Bemerkungen des Artikelschreibers über die Stellungnahme der Sozialdemokratie sind natürlich lautes Geschwätz und sollen uns augenblicklich nicht kümmern, für uns kommt es darauf an, die Pläne des Scharfmachertums zu entfleutern. Wir lassen deshalb den guten Mann weiter sprechen:

„Es ist sicherlich notwendig, die gegenwärtige Agitation zugunsten der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den großen Städten sorgfältig im Auge zu behalten. Und zwar wird es vor allem nötig sein, nach solchen Mitteln Umschau zu halten, die der Anhäufung von unbrauchbarem Arbeitermaterial in den Großstädten einen Damm entgegenbauen. Dies geschieht am besten auf dem Wege, den das Arbeitsamt der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg vorschlägt. Es heißt da: „Neben der Vermittlung von Arbeitern hat das Arbeitsamt auch fortgesetzt den Mitteln, die geeignet erscheinen, die Landflucht unter unsern einheimischen Arbeitern zu vermindern, seine Aufmerksamkeit zugewandt, als die es vor allem die Arbeiteranstellung, die Einführung einer besonderen Prämienversicherung und auch die Einschränkung der Freizügigkeit der ländlichen Jugend nennt. Um eine größere Einheitlichkeit in die Bestrebungen zur Bekämpfung der Landflucht zu bringen, ist die Bildung eines großen, sich über ganz Deutschland erstreckenden Verbandes landwirtschaftlicher Arbeitgeber zu empfehlen, wozu die erfolgreiche Tätigkeit der industriellen Arbeitgeberverbände nur ermutigen kann.“ In Schlesien, Holstein und Hannover hat die Bildung solcher ländlichen Arbeitgeberorganisationen zu dem in Rede stehenden Zweck bereits kräftig eingesetzt.“

Zum Schluß des Artikels sucht sich der Schreiber in den Mantel des Arbeiterfreundes und Patrioten zu hüllen, indem er meint:

„Reineswegs zielen die vorstehenden Ausführungen darauf ab, grundsätzlich eine jede Hilfsaktion zugunsten der Arbeitslosen als unberechtigt hinzustellen. Damit würde man ja vielfach gerade die Unschulbigen treffen, die (ebiglich) einer durch die Unzulänglichkeit der modernen Gesetzgebung begünstigten Verführung zum Opfer gefallen sind. Andererseits muß aber verlangt werden, daß man sich nicht einfach damit begnügt, die Sorge für die Verführten der Allgemeinheit aufzulasten und damit zukünftiger Verschärfung der gegenwärtigen Unzulänglichkeiten noch die Wege zu ebnen. Sondern es ist endlich einmal das Vorurteil zu überwinden, daß jedem einzelnen, der von dem Recht der freien Selbstbestimmung den weitgehendsten Gebrauch macht, ein unbedingtes Recht auf die Unterstützung der anderen zusteht, wenn seine Erwartungen nicht in Erfüllung gegangen sind. Man beschäftigt sich gegenwärtig wieder einmal sehr eifrig mit dem Problem der Arbeitslosenversicherung. Ein Feind seines Volkes wäre derjenige, der für diese Versicherung eintreten wollte, ohne als ihre Ergänzung die sinngemäße Eindämmung des Mißbrauchs der unbeschränkten Freizügigkeit hinzustellen. „Wer nicht arbeiten will, der soll auch nicht essen“, so lautet bekanntlich das erste Gebot des Glaubensbekenntnisses unserer Zukunftsstaatler. Diese Forderung darf man sich wohl auch im Gegenwartsstaat unbedingt zu eigen machen.“

Wir glauben nicht, daß es notwendig sein wird, an diese Ausführungen kritische Bemerkungen zu knüpfen. Wir konstatieren nur, daß ländliches und städtisches Ausbentertum sich gegenseitig in die Hände arbeiten, um aus der Haut der armen Arbeitslosen Riemen zu schneiden. Und wenn sich ein solches Beginnen auch noch so moralisch aufspielt, ein anständiger Mensch hat nur ein kräftiges „Pfi!“ dafür.

Die Schule der Not.

Im stillen Winkel liegt der Druck des Glucks
Der Schmerzen auf so vielen Menschen;
Verworfen scheinen sie, weil sie das Glück
verwarf. Goethe.

Zur Zeit, als der große Dichter und Kenner des menschlichen Lebens diese Worte prägte, da herrschten in England grauenhafte Zustände in der Arbeiterwelt. In ergreifenden Worten schildert der englische Volksmann Thomas Carlyle in seinen „Sozialpolitischen Schriften“ dieses Elend und den Heroismus jener Volksklasse Englands. „Wenn es ein selbstloses Heldentum in unserer Zeit gibt — sagt Carlyle — so ist es am ehesten da zu finden, wo selbst das erbliche Elend und die erbliche Unfreiheit das Gefühl der Pflicht nicht überwinden lassen, in welches die Menschen von Jugend auf ebenso hineingewachsen sind, wie in ihr jammervolles Leben. In klanglosem Entlagen, in harrem Dulden nehmen sie an der Erde Leiden in einem Maße teil, wie es sonst keinem zugemessen wird. Ihre tiefe Unfreiheit, ihre slavische Abhängigkeit vom Althergebrachten, die Willkürherrschaft der Besitzenden, der Mangel an allem, was die Kultur Schönes und Würdiges geschaffen, ihre völlige Arbeitslosigkeit und ihre trostlose Armut betrachten sie als etwas in ihrer Lage ganz Selbstverständliches. Die brutaler Lebensformen, an die sie von Kindheit an gewöhnt werden, rufen vollständige Abstumpfung — aber zuweilen auch tiefste Erbitterung hervor.“

Die englische Charitatenbewegung hat eine Probe dieser Erbitterung geliefert, die Klasse der Besitzlosen gab hier zu erkennen, daß sie nicht mehr gewillt sei, mit sich „Schindluder spielen“ zu lassen. In der „Schule der Not“ hatten diese englischen Arbeiter gelernt, sich an ihre Menschenwürde zu erinnern. Diese „Schule der Not“, in die das Volk und die einzelnen gehen müssen, damit sie zur Erkenntnis gelangen, ist eine schwere, arge Prüfung. Viele übersehen sie nicht und verkommen im Schlamm der Erniedrigung, der ganz natürlich dort ist, wo dem Menschen das verweigert wird, was ihm erst ermöglicht, menschlich zu fühlen, zu empfinden, zu denken. Diese erhebenden Merkmale menschlicher Bedürfnisse beziehen sich auf Nahrung, Wohnung, Ruhe und seinen Neigungen entsprechende Arbeit.

In der zuerst in England auftretenden Arbeiterbewegung (1838), die unter dem Namen „Chartistenbewegung“ bekannt wurde, zeigten sich die Ergebnisse der „Schule der Not“. Ungeheure Massenversammlungen fanden statt, an denen bis zu 200 000 Teilnehmer; 5 einfinden; eine Petition, die um Anerkennung der Arbeiterforderungen an das Parlament gerichtet war, fand 1 280 000 Unterschriften. In der „Schule der Not“ hatten diese Tausende und Abertausende beobachtet lernen. Sie lernten erkennen, daß sie nicht zum Elend geboren, daß auch sie ein Anrecht haben an des Lebens Güter. Es wurde ihnen klar, daß sie trotz allen Fleißes bei ihrer Arbeit nicht so viel erwerben konnten, als sie zur Befriedigung ihrer notwendigsten Bedürfnisse gebrauchten, weil man sie um die Früchte ihrer Arbeit betrogen hatte. Sie deutlicher sie dies sahen und erkannten, desto klarer ward ihr Verständnis für die ökonomischen Vorgänge, desto stärker ward ihr proletarisches Bewußtsein, desto schärfer erfaßten sie den Begriff: Klassenunterschiede, Klassen gegen Klasse. Ruh und unbescholten in ihrem Vorgehen, ohne jeglichen Rückhalt, ihrer Führer beraubt, die ins Gefängnis geworfen wurden, unterlag die englische Arbeiterschaft und die Chartistenbewegung verließ als solche vorläufig im Sande.

Aber die Geister, die einmal geweckt waren, ließen sich nicht bannen, weder durch Purpurmäntel noch durch schwarze Putten und die Chartistenbewegung ward zum Fundament für die moderne Arbeiterbewegung. Geläutert und gewidert durch die Erfahrung schlossen sich die englischen Arbeiter von neuem zusammen zu Gewerkschaftsverbänden; die „Schule der Not“ war es wiederum, die die Arbeiterschaft auf den richtigen Weg führte zur Verbesserung ihrer Lebenslage. Der Proletarier, dessen Geist und Gefühl nach Lebensgenuß, vom Verlangen nach den Freuden des Daseins erfüllt war, erkannte rechtzeitig, wie ohnmächtig er als einzelner gegenüber jenem Gewalten war, die sich darin betätigten, die Bevorzugung der besitzenden Klasse mit großem Geschick aufrecht zu erhalten. Gerade dieses Ohnmachtsgefühl wird die Veranlassung zum gemeinsamen Handeln, zum Vereinen der

Kräfte gegenüber den Feinden. Das Bewußtsein von dem Unermöglichen als Kleinsteher, in irgendwie nennenswerter Weise seine Lage zu verbessern zu können, ist ein wichtiger Punkt auf dem Entwicklungswege, den die moderne Arbeiterbewegung wandelt; dieses Bewußtsein treibt den denkenden Arbeiter hinein in seine Berufsorganisation. Einmal von der Gewerkschaft gewonnen, findet der Arbeiter Gelegenheit, seine Erkenntnis weiter zu entwickeln. Die „Schule der Not“ hat in ihm all den Zunder sozialen Grolls angehäuft, der unentbehrlich für die sozialrevolutionären Ideen ist. Nun bedarf es des Funken der Aufklärung, der diesen Groll gegen die Widerwärtigkeiten des Lebens wider das System wirtschaftlicher Unfreiheit sich lehren läßt.

Hier beginnt die große Aufgabe der Gewerkschaft. Das Menschenmaterial, das ihr durch die sozialen Verhältnisse zugeführt wird, das meistens noch unklar denkt, sie muß es zu bewußten Kämpfern erziehen, die begeisterungsfreudig für die Interessen der Organisation eintreten, gewappnet mit der Erkenntnis, daß niemand zu darben braucht, so lange Glücksgüter im Ueberfluß produziert werden. Nur diejenigen Gewerkschaften, die neben ihren Unterhaltungssehrüchten auch das erzieherische Moment den Massen gegenüber im Auge behalten, die in Wahrheit Aufklärungsschulen des Volkes sind, nur sie besitzen eine auf die Dauer gefestigte Grundlage, auf der sie allen kapitalistischen Anfechtungen wirksamen Widerstand zu leisten vermögen. Kampfstüchtige Massen können wir demnach nur erziehen, wenn wir in den Gewerkschaftsorganisationen, neben dem Schutz wirtschaftlicher Interessen, jedem Einzelnen Gelegenheit bieten, sein Wissen zu bereichern. Die Waffen, die das „Wissen“ dem Menschen verleiht, muß jeder Berufsgenosse führen lernen, dann wird es mit der Arbeiterbewegung auch vorwärts gehen. — Ein Jeder wird sie führen lernen, wenn die Notwendigkeit ihn dazu treibt. — Aus der Schule der Not, deren Pforten ständig für das Proletariat offen stehen, kommen unzufriedene, zornige Charaktere wieder heraus. Der dümmste Sneed wird schließlich rebellisch, wenn der Magen knurrt. Weder bitten noch drohen wird ihn daran hindern, sich Brot zu schaffen; der rohe Naturmensch stiehlt und raubt, der Kulturmensch versucht es auf andere Weise, indem er sich mit Seinesgleichen zusammentut, um in gezieltem Kampfe seine Lebenslage zu verbessern. Diese Kämpfer zu sammeln, sie zu organisieren, ist die große Aufgabe der modernen Arbeiterbewegung.

Diesen Hungerigen und Notleidenden muß die Organisation nicht nur die Ursachen der Not weisen, sie muß auch ihr Selbstvertrauen wecken — sie fähig machen, ihre Kräfte zu entwickeln und richtig auszunutzen. Die Notwendigkeit der Selbsthilfe, der kollektiven wie der individuellen, das ist die Lehrhebe, die der Bögling aus der Schule der Not davon tragen soll.

Wenn auch die Berufsorganisation jedem Einzelnen Schutz gewährt, dies schließt nicht aus, daß auch der Einzelne in seinen persönlichen Lebensverhältnissen sich schätzen lernt, indem er einer vernünftigen Lebensweise huldigt. „Vernunft, o Mensch und Wille, sind die Waffen — dein Glück zu schaffen“ sagt der Dichter Herber. Jeder soll sich selbst dazu anstrengen, den Druck des Lebens von sich abzuschütteln.

Zuerst freilich müssen die Empfindungen der Unerträglichkeit des Daseins zur Geltung kommen, die Unzufriedenheit mit der Lebenslage muß ihren Höhepunkt erreichen; daß dies geschieht, dafür wird von den besitzenden Klassen hinlänglich gesorgt. Der treibende Keil im Dasein des Menschen war zu allen Zeiten der Mangel, die Bedeutung lernte er in der Schule der Not.

Streiks und Aussperrungen im Jahre 1907.

Das Jahr 1907 hat, gegenüber dem Jahre 1906, den deutschen Gewerkschaften eine starke Verminderung der wirtschaftlichen Kämpfe — Streiks und Aussperrungen — gebracht. Während die Zahl der Kämpfe im Jahre 1906 insgesamt 3480 betrug, zählt das Jahr 1907 deren nur 2792. Das ist eine Verminderung um 688 = 19,8 Proz. Man wird leicht geneigt sein, die Abnahme der Kämpfe auf das Konto der im Laufe des Jahres 1907 eingetretenen wirtschaftlichen Depression zu setzen, doch ist eine solche Folgerung nur mit Vorsicht zu ziehen. Es darf zunächst nicht außer acht gelassen werden, daß das Jahr 1906, als ein Jahr der Hochkonjunktur und ständig steigender Lebensmittelpreise, eine außerordentlich hohe Zahl von Lohnbewegungen aufwies, die naturgemäß in einer verhältnismäßig größeren Anzahl wirtschaftlicher Kämpfe anließen. Trotz der starken Abnahme der Kämpfe überragt das Ergebnis des Jahres 1907 doch noch bei weitem das des Jahres 1905, in welchem 2323 Kämpfe stattfanden. Es ist deshalb weit gefehlt, auf Grund der Abnahme der Kämpfe gegen das Vorjahr, auf eine Beeinträchtigung der Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften, verursacht durch den wirtschaftlichen Niedergang, zu schließen, wie es seitens der Unternehmer bereits geschehen ist.

Will man ein zutreffendes Bild von den Erfolgen und der Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften gewinnen, so dürfen die Feststellungen über Streiks und Aussperrungen nicht getrennt werden von den Feststellungen über die Bewegungen im allgemeinen. — Gerade die große Zahl der friedlich verlaufenden Bewegungen legen ein bereites Zeugnis ab von der wachsenden Macht und dem steigenden Einfluß der Gewerkschaften auf das wirtschaftliche Leben.

Mit dem Jahre 1907 ist auch in bezug auf die Mittel, welche die Gewerkschaften zur Durchführung ihrer Kämpfe aus den eigenen Massen aufwenden, von allen Berichtsjahren, seit 1890, der höchste Rekord erreicht worden. Rund 97,9 Proz. der Gesamtausgabe flossen aus den eigenen Massen der an den Kämpfen beteiligten Gewerkschaften. Ein glänzender Beweis für die gesteigerte Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften, welche um so höher zu bewerten ist, als diese noch für die verschiedensten Unterstützungszweige im letzten Jahre bedeutende Aufwendungen machten.

Das Gesamtergebnis der Kämpfe ist ungünstiger, als das des Jahres 1906. Es endeten ersparreich 1337 Kämpfe = 47,9 Proz. (1906: 53,8 Proz.), teilweise erfolgreich 687 Kämpfe = 24,6 Proz. (1906: 21 Proz.) und erfolglos 614 Kämpfe = 22,5 Proz. (1906: 21 Proz.). Am 1. Januar waren 84 Kämpfe nicht beendet und von 70 Kämpfen blieb das Resultat unbekannt. Den größten Anteil an den wirtschaftlichen Kämpfen hat wiederum das Baugewerbe mit 1011 Kämpfen und 81 248 Beteiligten.

An den Kämpfen des Jahres 1907 waren beteiligt 54 Verbände, davon hatten mehr als fünfzig Kämpfe 15 Verbände durchzuführen.

Von den an den Kämpfen beteiligten Personen konnte für 274 052 = 97,5 Proz. der Verlust an Arbeitszeit und der Verlust an Verdienst festgestellt werden. Es betrug der Verlust an Arbeitszeit 4 922 467 Tage und der Verlust an Verdienst 21 627 882 M.

Angriffstreiks. Von 1635 geführten Angriffstreiks endeten 830 = 51,7 Proz. mit vollem Erfolg (1906: 55,7 Prozent), 472 Kämpfe = 29,4 Proz. hatten einen teilweisen Erfolg (1906: 26,7 Proz.) und 257 Kämpfe = 16 Prozent waren erfolglos (1906: 15,9 Proz.). Am Schlusse des Jahres waren nicht beendet 30 Streiks und von 46 Streiks blieb das Resultat unbekannt. An den Angriff-

streiks waren beteiligt 131 427 männliche, 11 517 weibliche, zusammen 142 944 Personen. Von den Beteiligten hatten vollen Erfolg 51 344 = 35,9 Proz. und teilweisen Erfolg 53 006 = 37,1 Prozent.

Steht das Ergebnis der Angriffstreiks von 1907 auch hinter dem des Jahres 1906 zurück, so überragt es immerhin noch das Jahr 1905, nur das Verhältnis der mit vollem Erfolg beendeten Streiks ist ungünstiger, dagegen ist der Prozentsatz der am vollen Erfolg beteiligten Personen ein höherer.

Die Gesamtausgabe für die Angriffstreiks beträgt 5 082 221 M. Für 138 030 an den Angriffstreiks beteiligten Personen beträgt der Verlust an Arbeitszeit, insgesamt für männliche und weibliche Streikende, 2 277 432 Tage; der Verlust des Arbeitsverdienstes 8 447 284 M.

Abwehrstreiks. In 834 Fällen mußte die Arbeiterkraft im Jahre 1907 zu dem Kampf als äußerstes Mittel der Abwehr greifen. In diesen Kämpfen waren 33 348 Personen beteiligt. Von diesen Kämpfen endeten 412 = 51,6 Proz. mit vollem Erfolg, woran 16 455 Personen = 49,3 Proz. beteiligt waren. 106 Kämpfe = 13,3 Proz. mit 5436 = 16,4 Proz. Beteiligten endeten dagegen nur mit einem teilweisen Erfolg; trotz des äußersten Mittels der Gegenwehr war es bei diesen Kämpfen nicht gelungen, die Verleumdungen vollständig abzuwehren. Willig erloschen endeten 266 Kämpfe = 33,3 Proz. Von 15 Streiks blieb das Resultat unbekannt und 35 Streiks waren am Schlusse des Berichtsjahres noch nicht beendet.

Am häufigsten mußte gegen Lohnreduzierungen gekämpft werden, und zwar in 253 Fällen, an denen 11 329 Personen beteiligt waren.

Wegen Nichtinhaltung der allgemein üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen entbrannten 170 Kämpfe, an denen 5095 Personen beteiligt waren.

In 25 Fällen war die Ursache des Streiks schlechte Behandlung der Arbeiter. In 21 Fällen bildete der von Unternehmern verlangte Austritt aus der Organisation die Ursache von Kämpfen. An diesen waren 726 Personen beteiligt.

Die geringste Zahl der Streiks — 14 — wurde geführt wegen Einführung einer Fabrikordnung. Aus anderen Ursachen entstanden 108 Streiks mit 4203 daran beteiligten Personen.

Die Gesamtausgabe für die Abwehrstreiks beträgt 1 134 782 M. Für 32 426 Beteiligte konnte der Verlust an Arbeitszeit und Verdienstaussfall festgestellt werden. Der Verlust an Arbeitszeit betrug 470 263 Tage, der Verdienstaussfall 1 907 692 M.

Aussperrungen. Die Zahl der Aussperrungen steht im Jahre 1907 zu den insgesamt stattgefundenen Kämpfen in fast dem gleichen prozentualen Verhältnis wie 1906. Eine wesentliche Veränderung gegen das Vorjahr hat nicht stattgefunden. Gleich wie die übrigen Kämpfe, so haben auch die Aussperrungen in der Anzahl eine Verminderung erfahren. Es fanden statt 323 Aussperrungen gegen 421 im Jahre 1906, also eine Verminderung um 23,3 Proz. In welchem Maße sich das Verhältnis der Aussperrungen zu den gesamten Arbeitskämpfen in den Jahren 1900 bis 1907 entwickelt hat, darüber gibt nachfolgende Aufstellung Aufschluß.

Es haben stattgefunden:

Von 100 Lohn-	Ausperrungen		Kämpfe	
Jahre	überhaupt	Davon waren	ausperrungen	ausperrungen
1900	852	46	5,4	
1901	727	35	4,8	

Die Wärme und die Lebewesen.

Von M. S. Baega.

(Nachdruck verboten.)

Wir alle fühlen es, wie mit jedem Tage jetzt die Temperatur sinkt, und jedermann versteht sich mit Kleidung, deren Stoff die Wärme schlecht leitet. Der gering scheinende Unterschied zwischen guten und schlechten Wärmeleitern wird jetzt für uns von größter Bedeutung; oder möchte es jemandem gleichgültig sein, statt der starken wollebenen Stoffe solche von Leinwand zu tragen? Während diese der im Körper durch Stoffwechsel entwickelten Wärme nur einen geringen Widerstand, sich der Luft mitzuteilen, entgegensetzen, bilden die wollebenen Stoffe eine nur für sehr kleine Mengen der tierischen Wärme durchdringliche Schutzwehr. Wir schaffen uns innerhalb unserer Kleider eine eigene Atmosphäre von möglichst hoher Temperatur und diese Luftkappe, soviel es sein kann, außer Verbindung mit der Atmosphäre zu setzen, ist Zweck der wärmenden Kleider, durch die wir uns bis auf einen gewissen Grad von der Temperatur unabhängig zu machen suchen. Außerdem ist es nur noch auf eine Weise möglich, der Kälte zu trotzen, nämlich durch um so stärkere Bewegung, je größer jene ist. Die erhöhte Arbeit der Muskeln, also der beschleunigte Stoffwechsel und das beschleunigte Atmen stehen zueinander in inniger Wechselbeziehung, deren Resultat die erhöhte Wärmeerzeugung des Organismus ist.

Diese Wärme kann aber nur erzeugt werden durch größere Ausdehnung und schnellere Aufeinanderfolge gewisser chemisch-physikalischer Prozesse im Körper. Alle chemischen Veränderungen sind von Veränderungen der Wärmeverhältnisse begleitet, die einen mehr, die anderen weniger, je nachdem die in Frage kommenden chemischen Verwandtschaften größer oder geringer sind. Dabei kann entweder Wärme vernichtet oder Wärme erzeugt werden.

Eine der Hauptrollen im tierischen Körper spielt der Sauerstoff; die Bildung der Gewebe geschieht z. B. unter Sauerstoffaufnahme, ist also eine Verbrennung und wir wissen, daß jede Verbrennung begleitet ist von Wärmeentwicklung. Verarmt dagegen ein Körper am Sauerstoff, so verschwindet Wärme.

Also das Resultat gewisser chemisch-physikalischer Vorgänge im Körper ist ein Ueberschuß an Wärme, von dessen Größe wir nichts wissen, denn jene 37 Grad, welche das Thermometer zeigt, wenn wir es längere Zeit unter der Zunge, in der Achselhöhle usw. liegen lassen, bezeichnen nicht die im Organismus erzeugte Wärme. Vielmehr ist die Temperatur des Körpers abhängig von zwei Faktoren anderer Art, einmal nämlich der Zeit, d. h. der Schnelligkeit, mit der jene Prozesse verlaufen, dann namentlich aber von der Fähigkeit der Oberhaut, die im Körper erzeugte Wärme langsamer oder schneller ausstrahlen zu lassen. Daraus ergeben sich leicht überraschende Schlüsse.

Zunächst wird jedem Organismus eine ganz bestimmte Temperatur eigen sein müssen, denn es ist klar, daß die Art und Weise der Verdauung, Ernährung und Abnutzung der Gewebe usw. in bestimmtem, stets sich gleich bleibendem Verhältnis stehen muß zur Fähigkeit der Oberhaut, die erzeugte Wärme abzugeben. Die Eigenwärme kann demnach abgeändert werden durch Veränderung der Ernährung oder solche Vorgänge in dem umgebenden Medium, welche eine größere oder geringere Wärmeabgabe durch die Oberhaut vermitteln.

Betrachten wir aber die verschiedenen Tiergeschlechter, so finden wir auch ganz verschiedene Eigenwärme. Die Vögel haben die höchste Temperatur, Fische und Amphibien sind nur wenige Grade wärmer als das Wasser, in dem sie leben, bei manchen Wirbellosen konnte eine eigene Temperatur bis jetzt mit Sicherheit nicht nachgewiesen werden. Bei den Tieren mit niedriger Eigenwärme ist der Stoffumsatz (Wärmeerzeugung) eine verlangsamte oder die Abgabe erfolgt sehr schnell. Oft mögen auch beide Ursachen zusammenwirken. So erklärt sich die Einteilung der Tiere in warm- und kaltblütige. Man darf diese nicht so verstehen, als erzeugten die kaltblütigen Tiere keine Wärme; ist diese auch unter den gewöhnlichen Verhältnissen an einzelnen Individuen nicht bemerkbar, so kann man sich doch leicht von ihrer Gegenwart und nicht unbedeutenden Entwicklung überzeugen. Im Bienenstock, wo die von so vielen Individuen erzeugte und schnell ausgeführte Wärme durch die umgebenden Wände zusammengehalten wird, herrscht eine hohe Temperatur.

Die so bestimmte Temperatur eines jeden Organismus ist Gesetz für seine Existenz. Ohne Gefahr kann die Eigenwärme über bestimmte Grenzen nicht hinausgehört werden, und wie empfindlich gewisse Tiere sind gegen verhältnismäßig geringe Schwankungen, ist bekannt. Dringt nun aber eine von der des Organismus sehr verschiedenen Temperatur auf diesen ein, so werden Erscheinungen auftreten, deren Zweck zu sein scheint, diesem Einfluß zu wehren, die aber einfache Folgen sind eben dieser Temperaturunterschiede. Bei großer Hitze schwitzt der Körper, eine große Menge Wassers bringt durch die Schweißdrüsen und kühl durch Verdunstung. Welleicht wirken unterstützend noch andere Verhältnisse, die aber bis jetzt noch nicht erforscht sind. Bei großer Kälte atmen wir stärker, bewegen uns schneller, der Stoffumsatz ist beschleunigt, und als Resultat fühlen wir eine wohlthätige Wärme jedes Glied durchdringen; denn zugleich ist auch die Blutzirkulation angetregt worden. Dauert die niedrige Temperatur an, so dringt der „Instinkt“ auf gewisse Nahrungsmittel. Der Grönländer isst Speck und eiweißreiches Fleisch, während in heißen Zonen stärkehalt- und zuckerreiche Stoffe genossen werden. Die chemische Zusammensetzung der Fette, Eiweiße usw. zeigt nun aber, daß diese reicher sind an Kohlenstoff und Wasserstoff als Stärke und Zucker, sie brauchen deshalb mehr Sauerstoff, verbrannt zu werden, als diese, erzeugen also auch

mehr Wärme. Die Gewohnheiten der Völker lassen sich so erklären aus den Gesetzen der Natur.

Ist das Tier nicht mehr in stande, durch ähnliche Vorgänge, wie die genannten, den äußeren Einflüssen ein Gegengewicht zu bereiten, so ändert sich seine Eigenwärme und es unterliegt. Die Möglichkeit, eine selbständige Temperatur sich zu erhalten, ist also für die Tiere eine beschränkte, doch sind manche hierin freier wie andere, und damit steht im Zusammenhang der Verbreitungsbezirk auf der Erde. Der Mensch wohnt unter dem Äquator und am besten Pol, andere Tiere sind auf ganz enge Bezirke angewiesen. Ueberall entscheidet aber fast in erster Linie die Wärme, und die Grenzen der Tierreiche fallen deshalb mehr mit den Isothermen, d. h. den Linien, die die Orte gleicher Jahreswärme verbinden, als mit den Breitengraden zusammen. So weit aber die Temperaturen der verschiedenen Klimate von einander abweichen, so groß und noch größer sind die Unterschiede in dem Wärmebedürfnis, in der Fähigkeit, gewisse Temperaturen zu ertragen, bei verschiedenen Tieren. So kennt man Tiere, die beständig den niedersten Temperaturen ausgesetzt sind und sich diesen Verhältnissen angepaßt haben, wie z. B. der auf den Schweizer Gletschern lebende Gletscherfloh, so hat man andererseits in heißen Quellen zahlreiche Tiere gefunden. Müßen wir das Vermögen, so ganz extremen Temperaturen sich anzupassen, einer bestimmten Organisation des Körpers zuschreiben, so darf es uns nicht wundern, wenn wir andererseits Tiere bald umkommen sehen, sobald sie einer Temperatur ausgesetzt werden, die von der sehr verschieden ist, unter der sie beständig leben.

Pflanzen und Tiere bestehen zum Teil aus denselben Stoffen, für beide gelten in vielen Beziehungen dieselben Gesetze des Lebens. Es ist deshalb nicht überraschend, wenn wir den Pflanzen gegenüber die Wärme eine ebenso bedeutende Rolle einnehmen sehen, wie wir dies eben bei den Tieren gefunden haben. Zu wenig ist bis jetzt zwar erforscht, welchen Einfluß die Wärme auf das individuelle Pflanzenleben ausübt, in welcher Weise die in der Pflanze verlaufenden chemischen Prozesse durch Temperaturwechsel beeinflusst werden. Unstreitig ist die Macht der Wärme groß, aber vielleicht spielt im Pflanzenleben das Licht eine noch größere Rolle.

Ich erinnerte schon oben daran, daß die Grenzen der Tierreiche mehr mit den Linien gleicher Jahreswärme zusammenfallen als mit den Breitengraden. Dasselbe gilt für die Pflanzen. Und wollen wir uns noch genauer ausdrücken, so müssen wir sagen, daß das Klima die Grenzen der Verbreitungsbezirke bedingt. Das Klima eines Landes ist aber lediglich abhängig von der größeren oder geringeren Menge Wärme, welche diesem zugeführt werden kann, sei es nun durch direkte Bestrahlung von der Sonne, sei es durch warme Strömungen, die seine Küsten umfließen, sei es endlich durch Wasserdämpfe, die mit dem Winde vom Meere hergetragen, zu Regen sich verdichten und dabei Wärme entwickeln.

Jahr	Arbeitskämpfe überhaupt	Davon waren Ausperrungen	Von 100 Lohnkämpfen waren Ausperrungen
1902	861	56	6,5
1903	1282	82	6,4
1904	1625	112	6,9
1905	2323	253	10,9
1906	3480	421	12,1
1907	2792	323	11,5

Wesentlich anders liegt es jedoch mit der Zahl der von den Ausperrungen betroffenen Personen. Während 1906 von den Ausperrungen 93 356 Personen betroffen wurden, erstreckten sich 1907 die Ausperrungen auf 104 738 Personen. Trotz der Abnahme der Ausperrungen hat sich die Zahl der Ausgesperrten um 11 382 vermehrt. Im Jahre 1906 entfielen auf jede Ausperrung im Durchschnitt 222 Beteiligte, 1907 dagegen 324. An den Ausperrungen waren 37 Verbände beteiligt. Am schwersten betroffen von den Ausperrungen wurden die Verbände der Metallarbeiter, Holzarbeiter, Maurer und Schneider. Diese vier Verbände hatten allein 149 Ausperrungen mit 64 644 daran Beteiligten zu verzeichnen. Für 103 596 der Ausgesperrten konnte der Verlust an Arbeitszeit und der Ausfall an Verdienst festgestellt werden. Es betrug der Verlust an Arbeitszeit 2 374 772 Tage, der Ausfall an Verdienst 11 172 896 M. Die Gesamtausgabe für die Durchführung der Ausperrungen belief sich auf 6 147 079 M. (1906: 5 315 079 M.), das sind 49,7 Prozent der insgesamt für die Kämpfe ausgegebenen Summe. Auf jeden Ausgesperrten entfiel durchschnittlich eine Unterstützungssumme von 58,69 M. (1906: 56,90 M.), während der Anteil an den Gesamtausgaben für die Kämpfe insgesamt für jeden Beteiligten 43,99 M. beträgt.

Wie im Vorjahre, so ist auch im Jahre 1907 von den Unternehmern, sowohl absolut wie prozentual, die größte Zahl an Ausperrungen verhängt worden, nicht im Verlauf eines Angriffs- oder Abwehrstreiks, sondern wegen Differenzen über Lohnhöhe und Arbeitszeit, ohne daß es wegen dieser Differenzen zu einem Streik der Arbeiter gekommen war. Dieses Gebahren zeigt so recht das rücksichtslose Vorgehen der Unternehmer. Die Zahl dieser Ausperrungen betrug 113 = 35 Proz. der gesamten Ausperrungen. An diesen Ausperrungen waren beteiligt 43 165 Personen = 41,2 Proz. der Beteiligten insgesamt.

Von den gesamten Ausperrungen endeten für die Arbeiter mit vollem Erfolg 95 = 31,2 Proz., an diesem Erfolg beteiligt waren 19 227 Personen = 18,4 Proz.; 109 Ausperrungen = 35,9 Proz. mit 46 196 Beteiligten = 44,1 Proz. konnten mit einem teilweisen Erfolg beendet werden.

In den Jahren 1900—1907 fanden 1228 Ausperrungen statt, von denen insgesamt 449 187 Personen in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die gesamten Ausperrungen verursachten eine Ausgabe von 20 516 948 M., das sind 37,4 Proz. der seit dem Jahre 1900 gemachten Ausgaben für die gesamten wirtschaftlichen Kämpfe.

Seitens der Unternehmer wird die alljährlich wiederkehrende rücksichtslose Profitossmachung von Tausenden von Arbeitern durch das Mittel der Ausperrung als ein Skandal gegenüber dem den Arbeitern gewährten Koalitions- und Streikrecht angesehen und in diesem Sinne verteidigt. Wir wollen uns auf eine Erörterung dieser Anschauung nicht einlassen. Es ist aber bezeichnend, daß das Unternehmertum, welches so häufig — bei passender und unpassender Gelegenheit — sein „Wohlwollen“ für die Arbeiter glaubt hervorheben zu müssen, rücksichtslos Arbeiter ausperrt, die an irgendwelchen Arbeitskonflikten gar nicht beteiligt sind, und zwar lediglich nur zu dem Zweck, um die Gewerkschaftsorganisation, welche bei einem Arbeitskampf gerade in Betracht kommt, schwächen und widerstandsunfähig machen zu können. Ein solches Vorgehen findet in der gewerkschaftlichen Taktik kein Gegenstück. Hier beschränkt man sich nur darauf, den Kampf durch Arbeitsniederlegung gegen diejenigen Unternehmer zu führen, die an einem Arbeitskonflikt unmittelbar beteiligt sind.

Sobiel steht jedoch fest: Die nun schon jahrelang betriebene Ausperrungsmanie des Unternehmertums zur Niederdrückung der Arbeiter und Zertrümmerung ihrer Organisationen hat ihren Zweck vollständig verfehlt. Das Fiasko dieser Unternehmertaktik tritt immer greifbarer zutage. Wohl war es möglich, die Arbeiterschaft durch dieses Mittel bei einzelnen Kämpfen in ihrem Erfolg zu beeinträchtigen, aber der Arbeiterschaft im allgemeinen ist durch das Mittel der Ausperrungen in ihrem Aufwärtstreben kein Abbruch geschehen und am allerwenigsten war es möglich, die Gewerkschaften zu zertrümmern oder in der Entwicklung zu hemmen. Im Gegenteil, man kann annehmen, daß die Ausperrungen das Klassenbewußtsein der Arbeiter gestärkt und förderlich auf die Entwicklung der Gewerkschaften eingewirkt haben. Das völlige Versagen des Mittels der Ausperrungen der Arbeiterbewegung gegenüber scheint nunmehr selbst dem aussperrungs-wichtigsten Unternehmertum klar zu werden. Die durch gehauchtes Wohlwollen für das „Wohlergehen der Arbeiter“ und durch „sanfte Einwirkung“ auf abhängige oder willenslose Arbeiter seitens der Unternehmer zusammengebrachte gelbe Schutztruppe soll nun anscheinend das bezwecken, was man von den Ausperrungen vergeblich erhoffte. Eitle Hoffnung! — Auch dieser Wahn wird zertrümmen vor dem unaufhaltsamen, ehernen Entwicklungsgang der modernen Arbeiterbewegung.

C. Herrmann.

Stimmen zur Generalversammlung.

Schon frühzeitig im kommenden Jahre findet unsere nächste Generalversammlung statt. Die Frage des Normaltarifes wird in den Verhandlungen einen breiten Raum einnehmen und jedenfalls auch in dieser Rubrik noch genügend erörtert werden.

Die Zeit des wirtschaftlichen Niederganges hat aber noch eine andere Frage wieder aktuell gemacht, die für unser ferneres Gedeihen nicht minder generelle Bedeutung hat — die Frage der Arbeitslosenunterstützung. Als vor etwa 4 Jahren die Entscheidung über Sein oder Nichtsein in die Hände der Mitglieder gelegt wurde, ist von weiterblickenden Kollegen das Resultat der Abstimmung aufs tiefste beklagt worden. Der Entwurf, wie er uns damals vorlag — mit seiner geringen Beitragserhöhung, daher niedrigen Leistung — zum Beschluß erhoben, hätte uns eine Grundlage geschaffen, auf der wir nun weiter bauen konnten. Die Einführung der Arbeits-

losenunterstützung wird für uns immer — nach der materiellen Seite hin — ein Sprung ins Dunkle bleiben. Wer daher ernstlich die Einführung dieses wichtigsten Unterstützungszweiges will, darf seine Erwartungen in Bezug auf Höhe der Unterstützung nicht zu hoch spannen.

Während Kranken-, Sterbe- und Reiseunterstützung mit den Aufgaben einer Gewerkschaft in nur sehr losem Zusammenhang stehen, ist die Arbeitslosenunterstützung nicht ohne Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingung. Wer eine derartige Unterstützung bezieht, wird nicht so leicht geneigt sein, Arbeit um jeden Preis anzunehmen. Dafür haben wir hier in Brandenburg ein bezeichnendes Beispiel: Die Leitung der Gyzelforradwerke wollte die Zeit der Krise nicht ungenüßig vorübergehen lassen. Was lag da näher, als den mit dem 1. November ablaufenden Tarif zu kündigen? — Um sich nun auf einen eventl. Streik vorzubereiten, ging die Firma an die Gründung eines sogen. Fabrikunterstützungsvereins (gelbe Gewerkschaft). Eine zu diesem Zweck einberufene Versammlung, zu der nur vom Wermeister empfohlene Arbeiter Zutritt hatten, hatte ein absolut negatives Ergebnis. Man sah ein, dieser Weg führt nicht zum Ziel, und obgleich die im Betrieb beschäftigten Arbeiter verkirzt arbeiteten, fing man an, neue Arbeiter einzustellen. Wer auf sein wichtiges Recht — sein Koalitionsrecht — verzichtete, konnte bestimmt damit rechnen, eingestellt zu werden. Da zeigte sich nun, daß von etwa 3000 organisierten Metallarbeitern mit 175 vollberechtigten Arbeitslosen, nicht einer ehelos wurde, während wir mit 130 Mitgliedern und 8 Arbeitslosen den Verlust von 2 Mitgliedern zu beklagen hatten. Die Kollegen schühten — zur Verantwortung gezogen — ihre große Notlage vor. Man mag diese Notlage als eine Ausflucht ansehen oder nicht, die Tatsache bleibt bestehen, daß den unterstützungszahlenden Metallarbeitern kein Mitleid verloren ging.

Noch ein anderes Moment spricht für beschleunigte Einführung dieses Unterstützungszweiges, das besonders in industriereichen Städten in die Erscheinung tritt. Viele Kollegen und oft die leistungsfähigsten, nehmen die erste sich bietende Gelegenheit wahr, zum Metallarbeiterverband überzutreten. Als die hereinbrechende Krise viele Arbeiter in der Industrie entbehrlich machte, hatten wir in Brandenburg die Tatsache zu verzeichnen, daß auf Bauten tätige Kollegen dem Metallarbeiterverband angehörten. Solche Zustände müssen eine einheitliche Aktion erschweren. Wie gefährlich solche Zustände in einem Berufe, der seiner Natur nach keine Betriebswerkstätten kennt, werden können, brauche ich nicht des Näheren auseinanderzusetzen.

Noch Dube von Gründen sprechen für Einführung der Arbeitslosenunterstützung, es mag aber mit dem Vorangegangenen für heute sein Bewenden haben.

Die übergroße Mehrheit der Kollegen ist wohl mit mir darin einig, daß mit Einführung der Arbeitslosenunterstützung ein gewaltiger Schritt vorwärts getan ist.

Brandenburg a. S. Gustav Reip.

Eine vernichtende Kritik der christlichen Gewerkschaften.

Im „Korrespondent“, dem Verbandsorgan der Buchdrucker, setzt sich ein Mitglied, das sich selbst „als Katholik und freier Gewerkschaftler“ bezeichnet, mit dem Gebahren der christlichen Gewerkschaftsführer auseinander. Seine Ausführungen haben doppelten Wert, da er die Christen ganz genau kennt und weil man gegen ihn, den gläubigen Katholiken und treuen Sohn seiner Kirche, doch unmöglich den Vorwurf erheben kann, daß er die Religion vernichten und das Christentum angreifen wolle. Deshalb wollen wir sie in den wichtigsten Punkten wiedergeben zu Nutz und Frommen derjenigen Leser, die Gelegenheit haben, mit den Christlichen persönlich zusammen zu kommen.

Der Verfasser des Artikels weist einleitend darauf hin, daß er schon vor Jahren die Ansicht vertreten habe, aus den christlichen Gewerkschaften würden allmählich gesonderte konfessionelle Arbeitervereine hervorgehen, die sich gegenseitig das Leben verbitterten. Dies sei auch tatsächlich eingetroffen, wie die Gründung der katholischen Fachabteilungen beweise, die gegen die christlichen Gewerkschaften (und umgekehrt) einen Kampf führten, der weder von Brüderlichkeit, noch von christlicher Liebe und gegenseitiger Achtung zeuge. Wörtlich heißt es in dem Artikel: Ein wütender Kampf spielt sich um die Organisationsform und gegenseitige Verächtlichmachung zwischen christlichen Gewerkschaften und katholischen Fachabteilungen ab, ein Kampf, der an gegenseitiger Beschmutzung und Herunterreißen der antirenden Personen alles Dagewesene in den Schatten stellt. Die „Westdeutsche Arbeiterztg.“ in M.-Glabbach und „Der Arbeiter“ in Berlin, beides Zentralorgane der katholischen Arbeitervereine Deutschlands (mit sehr hohen Auflagen), überhieten sich in gegenseitiger Verunglimpfung, wobei man dem „Arbeiter“ als milderen Umstand zugute rechnen muß, daß er sich immerhin in einer erklärbaren Verteidigungsstellung befindet und die eiserne Konsequenz auf seiner Seite hat. Und wie der Kampf in diesen Blättern, so spielt er sich noch drastischer in den Versammlungen ab, sofern sie von beiden „Nichtungen“ besucht sind. Wir beklagen aufs tiefste diesen Bruderkampf, gleichgültig, um welche Organisationsformen es sich handelt. Man muß die Erbitterung, mit der die christlichen Gewerkschaftler die Fachabteiler (und umgekehrt) befeuern in deren Versammlungen mit eigenen Augen schauen; man muß sehen, wie die jeweilige Mehrheit die anderer Anschauung habuligende Minderheit beispielsweise beim vorher verabredeten vorzeitigen Verlassen eines Versammlungsortes anseufzt, sie mit einem frenetischen Ingegnierten Wüchungsseffekt durch ein wahrhaft kanibalisch, ohrenbetäubendes Gänedelatzen begleitet. Und dabei spielt sich dieser Kampf in streng katholischen Gegenden ab, wo die sich bekämpfenden und verheißenden Arbeiter vhendrein durch das gemeinsame Band des katholischen Arbeitervereins verknüpft sind! Ist nicht so, Herr Giesberts und Konforten?

Wassdrücke fallen in diesen Versammlungen, wogegen eine Minderheit von dem letzten bzw. Dresdener sozialdemokratischen Parteitag kaum stand zu halten vermag. Und da wurde doch schon an Kraftworten etwas geleistet! Mit „deutschem Born“, im „Arbeitsboten“ „Born der freien

Rede konstatierte denn vor einigen Wochen Herr Giesberts in der allerältesten Bischofsstadt Deutschlands, daß die allergehäßigste Gruppe der Gegner der christlichen Gewerkschaften die katholischen Fachabteiler seien. Und umgekehrt wird wohl nicht minder ein gut sitzender Schub daraus! Noch vor etlichen Wochen machte ein Artikel die Kunde durch den deutschen Blätterwald, demzufolge der Vorsitzende des christlichen Gewerkschaftsartikels zu Trier die dortigen Fachabteiler eine schustige Gesellschaft nannte, ein „christlicher“ Diskussionsredner sprach von „fatten Pfaffen“ usw. Das sind die Leute, jene „christlichen“ Gewerkschaftsführer, die uns Vorschriften betreffs unserer Neutralität machen wollen! Befehle sie euch recht genau, diese Herren aus dem M.-Glabbacher Hertenfels mit und ohne Brombeerenmandat! Ja, das sind die Leute, die die katholischen Mitglieder des Buchdruckerverbandes aus den führenden Stellungen in den katholischen Standesvereinen hinauszuekeln versuchen, sie bei der Geistlichkeit anschwärzen usw. Ja, jene sind es, die deutehungerig irgend ein lokales Einzelvorfallkommis eines Ortsvereins, für das die Organisation als solche nimmer verantwortlich gemacht werden kann, in der allerunchristlichsten Weise ausschlagen.“

Das sind wahre Meutenschläge, die auf die frommen Christen hagelnd herniederfahren und ihr aus christlichen Nebenarten und heuchlerischer Gefinnungskumperei zusammengefügtes Schwindelgebäude in Trümmer legen. Aber es kommt noch besser. Der fromme Katholik vom Rhein entrüstet sich über die allerchristlichsten Führer Giesberts, Stegerwald, Schiffer usw., die die Stellung des Aufsehens und die Autorität der Bischöfe auf dem Bähricher Kongress in einen „unqualifizierbaren Schoffen Mißkredit“ gebracht hätten. Er gibt ihnen den Rat, sie möchten, bevor sie über die mangelnde Neutralität der freien Gewerkschaften schimpfen, „erst den eigenen Dreck weggeben, der haufenweise vor der eigenen Tür liegt.“

An einem speziellen Beispiele zeigt der Artikelschreiber die Kampfweise der christlichen Brüder. Man lese nur: „Was würde wohl den Buchdruckerverbände (oder einer andern freien Gewerkschaft, fügen wir hinzu) wieder ausß Konto der Neutralität geschrieben worden sein, wenn eines seiner Mitglieder in einer „Aufwallung deutschen Bornes“ in öffentlicher Versammlung das Weichtgeheimnis, diesen unangestasteten Stolz der katholischen Kirche, mißkreditiert und erklärt hätte, der Kaplan X. im Saarreviere hat einen Arbeiter nicht absolviert, weil er sich als christlicher Gewerkschaftler bekannt hat, wie der Wg. Giesberts kürzlich in öffentlicher Versammlung in Hagen erzählte und an einem andern Orte auf Anfrage erneut öffentlich bekräftigte. Diese angeblich, zuguterletzt unkontrollierbare Erzählung, daß ein einzelner, eher ins Jren- als ins Gotteshaus gehörender katholischer Geistlicher — sofern die Sache wahr ist — einen Arbeiter wegen seiner Zugehörigkeit zur christlichen Organisation nicht absolviert hätte, durfte nie und nimmer den Katholiken, den Zentrumsabgeordneten, den christlichen Gewerkschaftler Giesberts veranlassen, dies in öffentlicher Versammlung aller Welt mitzutönen, zum willkürlichen Gaudium der sozialdemokratischen, liberalen und antichristlichen Presse.“

Wir als Katholik und freier Gewerkschaftler, als welcher wir überall, wo wir konditionierten, den Geistlichen bekannt waren und nie einen Stein in den Weg gelegt erhielten — im Gegenteil — lehnen solche Giesbertschen Extravaganzen entschieden ab; wir hätten erst den gesamten Instanzenweg gegen den offenbar zübeschnappten Geistlichen — wenn die Sache sich tatsächlich so verhält — erschöpfen, ehe wir eventuell eine solche Angelegenheit der Öffentlichkeit preisgeben. Nebenbei bemerkt weigerte sich Giesberts auf Aufforderung eines katholischen Arbeitersekretärs aus dem Saargebiet, den Namen des fanatischen Geistlichen sowie des nicht absolvierten Arbeiters zu nennen, was ihm den Titel Feigling seitens des katholischen Arbeitersekretärs in öffentlicher Versammlung einbrachte — sehr angenehm für einen Reichs- und Landtagsabgeordneten! Johann Giesberts scheint aber nachdem das Wasser bis an die Kehle geschwollen zu sein, denn in der „Trierischen Landesztg.“ vom 21. Okt. tritt er weh- und demütigt den Gang nach Stanossa an mit einer Erklärung, deren ausschlaggebende Stelle lautet: „Nur ich somit die Lokalität meiner Äußerung voll aufrecht erhalten, so gebe ich gerne meinem Bedauern darüber Ausdruck, daß ich im Eifer der Polemik unangebrachterweise in einer öffentlichen Versammlung Dinge erörterte, deren völlige Klärung mangels Zeugen und Richter unmöglich ist, statt, was jetzt geschehen ist, das meiner Beschwerde zugrunde liegende Material der berufenen Behörde vorzulegen. In dem ich aber die Schwierigkeiten einer diesbezüglichen Untersuchung schon in der Hagerer Rede hervorhob, zeigte ich, daß es mir fern lag, die katholische Geistlichkeit, die den Standpunkt der Fachabteilungsbewegung vertritt, schlechthin und allgemein anzugreifen. Sollte meine Äußerung eine derartige, von mir nicht beabsichtigte Deutung zulassen, so bedauere ich sie auch deshalb aufrichtig.“ Mag das Blutstropfen gekostet haben! Wie ein Mißpirat aber ist gerade die Giesberts so sehr nahestehende „Westd. Arbeiterztg.“ in M.-Glabbach auf der Lauer, um irgend einen offiziellen Verstoß gegen unsere Neutralität einzufangen.“

Was sagt Herr Giesberts zu einer derartigen Portraittierung eines Glaubensgenossen? Was will er dagegen einwenden, wenn ein gläubiger Katholik die Behauptung aufstellt, daß Giesberts „in einem Anfall des deutschen Bornes“ dem katholischen Kultus einen schmerzlichen Schlag verfehlt habe? Und wenn schon ein solch berühmter Zentrumsmann wie Giesberts eine Kampfweise einschlägt, die man als schofel und unchristlich bezeichnen muß, wie werden da erst die christlichen Agitatoren zweiten und dritten Grades arbeiten!

Ansländische Arbeiter als Blutegel.

Ein russischer Professor Prossoroff hat in einem Artikel die interessante Frage behandelt, wie sich diejenigen Menschen in pekuniärer Beziehung verhalten, die aus ihrer Heimat ausgewandert sind und in einem fremden Lande Arbeit und Existenz gefunden haben, und wie diese ihr Verhalten auf das Wirtschaftswesen wirkt. Die Frage der Aus- und Wiedereingliederung von Arbeitermassen bietet ja nach den verschiedensten Richtungen hin viel Interessantes: der Politik, der Gewerkschaftler, der Anthropologe, der Soziologe, sie alle haben ein lebhaftes Inter-

esse an dieser modernen Erscheinung, da ist es denn kein Wunder, daß nach der Volkswirtschaftler dieses Problem ins Auge faßt. Sehr treffend führt Professor aus: „Das Ansehen von Menschen an einen fremden Wirtschaftskörper zum Zwecke des Sattentzugs hat ungeheure Dimensionen angenommen. Kein Wunder, daß die dadurch benachteiligten Volkswirtschaften diese Operation als Schröpfung, die einzelnen Individuen aber als eine Art unerwünschter Blutegelempfen empfinden, die in ihr heimisches Element zurückfallen, sobald sie vollgezogen sind.“

Es hat sich nämlich die Tatsache ergeben, daß zahlreiche Menschen nach einem anderen Lande ziehen mit der geheimen Absicht, nach längerer oder kürzerer Zeit in ihre alte Heimat wieder zurückzukehren. Sie wollen sich in der Fremde keine neue Heimat gründen, sondern sie betrachten die Fremde lediglich als einen vorübergehenden Aufenthaltsort, den sie wieder verlassen, sobald sie ihren Zweck erreicht haben. Aus diesem Grunde machen sie auch keinen Versuch, sich in die neuen Verhältnisse einzuleben und sich mit der neuen Kultur zu verschmelzen, sondern sie fühlen sich als eine abgesonderte Gruppe, als Fremdkörper in dem Lande und dem Volke, wo sie ihren Unterhalt finden. Nicht nur gesellschaftlich und politisch halten sie sich von ihren neuen Volksgenossen fern, sondern auch ihr wirtschaftlicher Schwerpunkt liegt in der alten Heimat. Dies geht deutlich hervor aus den Geldsendungen, die alljährlich in die alte Heimat zurückfließen. Man hat die Beobachtung gemacht, daß in gewissen Landstrichen, aus denen ein Massenabzug von Arbeitern stattgefunden hat, allmählich eine bedeutende finanzielle Stärkung eingetreten ist, und daß in denselben Maße, wie die Auswanderung zunahm, auch die Höhe der bei den Spartassen eingezahlten Geldbeträge wuchs. Es liegt dies offenbar an den Geldern, die die aus- oder abgewanderten Arbeiter als Ersparnisse an ihre Angehörigen in die Heimat schicken.

Bereits hat sich die Statistik mit dieser Tatsache beschäftigt und sie hat ergeben, daß die Angehörigen der verschiedenen Nationalitäten ganz verschieden handeln. Die in Nordamerika vorgenommenen Erhebungen geben uns — nach der Darstellung Professor — die Antwort dahin, daß es ganz ausgesprochene psychologische Masseneigentümlichkeiten sind, die das Verhalten der verschiedenen Völker bestimmen. Die Deutschen und Engländer scheinen sich in den Vereinigten Staaten am raschesten völlig zu beheimaten, ihr Ursprungsland zu vergessen, die Beziehungen dorthin zu verlieren. Dann die eingewanderten Deutschen schätzen im Durchschnitt nur 16 Mark nach Hause, die Engländer etwa 30 Mark. Und auch hierbei ist die interessante Entdeckung zu betonen, daß solche Engländer ganz überwiegend Ir-länder, die „Deutschen“ dagegen meist Polen waren! Vergleichen wir nun diese Zahlen mit den nachfolgenden, dann scheinen uns die hochstehenden Nationen mit einer geradezu verschwindend geringen Heimatsstreue begabt zu sein im Vergleich mit minder entwickelten Völkern. Die Russen (und darunter fast durchweg Juden) senden im Durchschnitt etwa 60 Mark dorthin, wo ihre Wiege stand; ebensoviel wie die Skandinavier. Dagegen die Oesterreicher und Ungarn rund 115, die Italiener 122, die Griechen gar 300 A jährlich. Vom Standpunkt des Amerikaners sind demnach Griechen und Italiener die typischen Schmarotzer, die für ausgiebige Abzapsung von Geld aus der nationalen Wirtschaft sorgen, jeden ersparten Betrag der Heimat zuwenden, und wenn der Gesamtbeitrag zum Leben daheim ausreicht, auch sich selbst nach Hause befördern lassen. Abgesehen von den Gelben natürlich, die noch kräftiger zu saugen verstehen, noch dürftiger und enthaltamer leben und noch stärker gegen jede Assimilierung aus Massengründen gesiebt sind.

Um welche absoluten Summen es sich bei dieser Verbesserung der Zahlungsbilanz meist wirtschaftlich nicht übermäßig starker Länder handelt, kann man aus der Erhebung der amerikanischen Behörden sehen. Es sei vorausgeschickt, daß es sich also weder um Südamerika, noch Kanada handelt, aus denen ein ähnlich starker Abzug von Zahlungsmitteln nach Europa stattfindet, sondern nur um die aus der Union herausgearbeiteten Summen. Danach handelt es sich insgesamt um jährlich über eine Milliarde Mark; und zwar entfallen auf Italien 280 Millionen Mark, auf Oesterreich-Ungarn 260 Millionen, auf Skandinavien, Rußland und England je 100 Millionen und auf Deutschland nur 60 Millionen Mark.

Diese Statistik beleuchtet die Frage der Ein- und Auswanderung die bekanntlich schon mehrere Arbeiterkongresse beschäftigt hat, von der rein materiellen Seite, und von diesem Gesichtspunkte aus gewinnt sie auch für den Kapitalismus an Interesse. Bisher überließ man es den organisierten Arbeitern, sich mit diesem Problem abzumühen. Das Klassenbewußte Proletariat hat auch diese Aufgabe in Angriff genommen und untersucht, welchen Einfluß die Massenwanderungen auf das kulturelle sowie gesellschaftliche, geistige und politische Leben der verschiedenen Völker auszuüben vermögen. Der internationale Kongreß in Stuttgart erklärte in der Einführung von unorganisierten Arbeitermassen eine Gefahr für die Arbeiter des betreffenden Landes, er befürchtete ein Herabdrücken der Lebenshaltung und eine Entwertung des Kulturideals, weshalb er es für eine Aufgabe der Arbeiterorganisationen erklärte, die Einwanderer aufzuklären, zu erziehen und für die neue, höhere Kultur reif zu machen. Der internationale Kapitalismus hat sich um solche Fragen nie gekümmert, für ihn sind die Eingewanderten lediglich billige Arbeitskräfte und willenlose Ausbeutungsobjekte. Und mögen sie auch minderwertige Menschen sein, für die Zwecke der kapitalistischen Profitmacherei sind sie gerade gut genug. Erst wenn der Geldbeutel in Frage kommt — die einzig verwundbare Stelle des Kapitalismus — tritt die kapitalistische Wirtschaft diesem Problem näher. Und in dieser Beziehung ist es lehrreich, was die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ zu diesem Thema schreibt: „Für die Betrachtung der internationalen Zahlungsbilanzen fällt die amerikanische Statistik natürlich stark ins Gewicht. Es ist auch gewiß für Deutschland nicht ohne Bedeutung, daß die hier einwandernden Italiener, Galizier, Polen usw. einen großen Teil des verdienten Lohnes ihren Heimatländern wieder zuführen, und es wäre nicht uninteressant, sich über den Umfang dieser, dem Deutschen Reich zugefügten Geldentziehung Klar zu werden. Die Ausländerfrage will auch unter diesem Gesichtspunkte sorgfältig erwogen werden!“

Das ist es also, was ein Kapitalistenherz mit Entzückung und Schmerz erfüllt, daß die „Blutegelempfen“ dem

kapitalistisch höher entwickelten Lande „Blut“ ansaugen und in die kapitalistisch unentwickelte Heimat abfließen lassen. Alles andere ist Nebensache. Mögen die sozialistisch gesinnten Arbeiter alle Kraft daran setzen, um die armen ausgebeugten, geistig und moralisch tieferstehenden Klassenangehörigen zu Menschen zu machen, was Kimmert's den Kapitalismus? Er hält den Daumen auf den Geldbeutel und preist auf die Kultur. Da möge man denn erweisen, ob die Unternehmerrats wirklich Ursache haben, den Kapitalismus als den Kulturträger zu preisen und den Sozialismus als Kulturfeind zu beschimpfen. Umgekehrt wird ein Schuh draus!

Lohnbewegung

3. Bezirk.

Ueber die Firma Maechler - Düsseldorf, die in Kiel auf der Kaiserlichen Werft Instandsetzungen ausführt, ist wegen Nichtinnhaltens des Lohntarifs die Sperre verhängt.

Zur Sperre der Firma Maechler aus Düsseldorf wird uns noch aus Kiel berichtet: Wie bereits im „W.-A.“ bekannt gemacht worden ist, führt genannte Firma auf der Kaiserlichen Werft in Kiel größere Instandsetzungen an Eisenkonstruktionen aus, ohne sich um den für Kiel geltenden Lohntarif zu kümmern, indem nur 45-48 S pro Stunde bezahlt wird, anstatt 58 S, sowie 5 S Aufschlag. Nach Rücksprache mit dem Vertreter der Firma erklärte dieser, der Kieler Lohntarif ginge der Firma nichts an, er brauche nur nach Düsseldorf zu schreiben und bekomme gleich 60-70 Mann. Selbstverständlich haben wir unsere Kollegen sofort aufgefordert, die Arbeit zu verlassen, dem dieje auch nachkamen bis auf zwei ungelernete Arbeiter, einen Vorarbeiter und einen Polier. Obgleich Herr Maechler sofort von der Organisation aufgefordert wurde, den Kieler Lohntarif anzuerkennen, hat dieser es vorgezogen, nicht zu antworten. Von Düsseldorf sind noch 7 Mann in Kiel angekommen, die das traurige Gewerbe betreiben, ihren Arbeitsbrüdern in den Rücken zu fallen. Jede Bekehrung dieser Getreuen war vergebliche Mühe. In Verbindung mit dem Arbeitgeberverband wurde dann über die Firma Maechler die Sperre verhängt, was durch ein Flugblatt allen Arbeitern der Kaiserlichen Werft mitgeteilt wurde. Auf ein verwerfliches Gebaren mag noch hingewiesen werden, das die Kollegen, die bei der Firma Maechler in Arbeit treten, sich gefallen lassen müssen. Es wird den Betreffenden ein Hebers vorgelegt, den sie unterschreiben müssen, daß sie keiner Organisation angehören. Dieses wird, wie der Vertreter der Firma erklärte, von der Werksbehörde verlangt. Da es aber kaum zu glauben war, wurde seitens der Zillialverwaltung bei dem Herrn Oberwerksdirektor angefragt, ob solches bekannt sei. Ferner wurde ihm mitgeteilt, daß die Arbeiter zum Teil von ungelernen Arbeitern ausgeführt würden, und der Lohn, der zwischen Zinnung und Gehilfenschaft vereinbart sei, nicht bezahlt würde. Da die Werksbehörde doch das größte Interesse daran haben müßte, ihre Arbeiten von gelehrten Arbeitern ausgeführt zu wissen, und damit der vereinbarte Lohn bei Staatsarbeiten nicht gedrückt würde, wurde der Oberwerksdirektor ersucht, uns in dieser Angelegenheit eine Antwort zukommen zu lassen. Da wir eine Antwort nicht erhalten haben, müssen wir das Un glaubliche als Wahrheit hinnehmen, daß eine Staatsbehörde sich dazu hergibt, den Arbeitern das reichsgesetzliche Koalitionsrecht zu rauben. Kollegen, Ihr seht, Not und Arbeitslosigkeit müssen dazu herhalten, die Arbeiter zu Gefinnungslumpen zu machen, und dazu bietet der Staat seine Hand, der durch immer neue Steuererhöhungen das Volk schröpft. Kollegen! Ihr wißt nun, welche eine gemeine Handlungsweise von Euch verlangt wird, wenn Ihr bei der Firma Maechler auf der Kaiserlichen Werft in Arbeit tretet. Deshalb werde keiner zum Lumpen und fange keiner an zu arbeiten, dieses kann nur zum Siege führen!

Ladierer.

Der Streit sämtlicher Branchen in der Fahrradfabrik Vitoriarwerke in Nürnberg dauert unverändert fort. Bezug von Ladierern nach Nürnberg ist strengstens fernzuhalten.

In der Möbelfabrik Blum u. Co. in Böhl (Wald) sind die Ladierer ausgesperrt. Bezug ist fernzuhalten.

Die Strebelwerke in Mannheim sind gesperrt. Die Direktion will die Akkordlöhne um 30-60 Proz. kürzen.

Aus unserem Berufe.

* Uneheliche Kampfweise wirft das christliche Organ „Der Vater“ unserem Bezirksleiter Kollegen Buchelt vor, weil er — nach der Auffassung dieses Organs — bei der Berichterstattung über den Normaltarif geschwindele habe, einen christlichen Vorstehenden aus der Arbeit zu bringen versucht, über die Einigungsamtsetzung falsch berichtet und Briefe geschrieben haben soll, die den Christlichen nicht angenehm sind.

All diese Geldentaten soll Buchelt begangen haben, um sein Ansehen, das stark gelitten habe, bei den „freien“ Verbandsmitgliedern wieder etwas zu heben.

Zu dieser gewohnten, liebchristlichen Anrempelung selbst ist zu sagen, daß die Berichterstattung über den Normaltarif eine objektive war und ist es nicht die Schuld des Berichterstatters, wenn er sagen mußte, daß Melcher noch Verschlechterungen das Wort rebete, die über das von den Arbeitgebern Zugestandene noch hinausgingen. In der Vorlage der Arbeitgeber hieß es: „Betragt die Arbeitszeit nach 11 Uhr abends nur eine halbe Stunde, so tritt hierfür keine Entschädigung ein“. Durch das energische Eingreifen unserer Vertreter ist diese Bestimmung gefallen und wird deshalb nach Arbeitschluss, sogleich Aufschlag gezahlt. Was tat bei dieser so wichtigen Frage der christliche Melcher? Er führte aus: „Es könne kein am Arbeitgeber zugemutet werden, wenn die Ueberarbeit nicht länger als bis eine Stunde dauere, eine Entschädigung zu zah-

len, da das nur selten vorkomme.“ Ein „Arbeitervertreter“, der so etwas zu vertreten wagt, gehört zum Tempel hinausgeschickt. Weiter sagte Buchelt den anwesenden Kollegen, es sei Mumpst, daß die Arbeitgeber in Mannheim die Lohnfrage zu regeln beabsichtigten, was daraus hervorging, daß bereits am 18. März 1908 ein Zirkular verfaßt wurde, worin es hieß: Falls die Vorstehenden der Gehilfenorganisationen ihre Zustimmung nicht geben, soll am Sonntag den 22. März in Mannheim eine Demonstrationsversammlung stattfinden. Also, am 21. März erst ist Verhandlung mit den Arbeitnehmern und am 18. März wird schon eingeladen zu einer Versammlung, um Stellung zu nehmen, falls die Arbeitervertreter dem Generalarif nicht zustimmen. Ferner teilte Buchelt der Versammlung mit, daß wir uns niemals soweit vergessen würden, wie es leider die Christlichen getan haben und Streikbruch begehen, was ihnen die Arbeitgeber Johs. Schmidt u. Sohn-Frankfurt selbst be-scheinigten.

Daß dieses den christlichen Vertretern nicht angenehm ist, wenn es gesagt wird, wo Anhänger der christlichen Organisation anwesend sind, ist verständlich; aber unrichtig ist, wenn gesagt wird, ihre Anhänger hätten geschwiegen, weil die Ausführungen mit der Wahrheit auf gespanntem Fuße standen. Im Gegenteile, die christlichen Kollegen haben geschwiegen, weil sie diese mit Beweisstücken belegten Ausführungen nicht entkräften konnten.

Den christlichen Jörn heraufbeschworen hat Buchelt durch die in Nr. 44 des „W.-A.“ dem Einigungsamtsprotokoll vorangestellte Notiz, worin gesagt wird, daß Melcher sich geweigert hat, die Abrechnungen der einzelnen Zillialen vorzulegen. „Von einer Verweigerung, die Abrechnungen vorzulegen“ schreibt Melcher — kann keine Rede sein, weil kein Anlaß gegeben war, die Abrechnung zur Stelle zu haben“. Ja, es soll sogar eine Frechheit sein, die Buchelt durch dieses Schreiben begangen hat, „um in demagogischer Weise den christlichen Verband zu verächtigen“. Wie stehen denn die Akten? Schon in Karlsruhe wurde verlangt, daß zur Feststellung der Mitglieder die Vorlegung der Abrechnung nötig ist, andernfalls die richtige Bezeichnung der Gantarifämter ausgeschlossen sei. Nun wußte Melcher genau, daß auf der Tagesordnung als 1. Punkt stand: „Einführung des Gantarifamtes gemäß § 7 des Normaltarifgesetzes“ und mußte sich sagen, daß, wenn der Mitgliederanzahl nicht erbracht wird, auch die Einführung des Gantarifamtes unterbleiben müsse. Wenn Melcher also die Absicht hatte, die Zahlstellenabrechnung vorzulegen, warum hat er sie nicht mitgebracht und vorgelegt, wozu sich Buchelt ausdrücklich bereit erklärte. Nein, Melcher, alle künstliche Aufregung und sonstiges Geschimpfe nützt nichts, Du willst die Abrechnungen nicht vorlegen, denn sonst brauchtest Du nicht zu sagen, daß Du bereit bist, den Arbeitgebern die Mitgliederzahl zu nennen. Wir wollen aber nicht nur die angegebene Zahl der Mitglieder wissen, sondern wir wollen in der Lage sein, diese auf ihre Richtigkeit nachprüfen zu können. Es liegen anscheinend genügend Gründe vor, die Abrechnungen nicht vorzulegen, wie aus dem Bericht in Nr. 46 des „W.-A.“ hervorgeht. Vermutlich würde es gewürmt haben, wenn festgestellt worden wäre, daß im 2. Quartal 1908 nur 3 A pro Mitglied an Beiträgen gezahlt sind, dagegen laut Statut 7.15 A zu zahlen waren. Es hätte dann leicht passieren können, wenn die Mitgliedschaft nach den verkauften Beitragsmarken ermittelt wäre, daß der christliche Verband selbst in seiner Hochburg, in Rheinland-Westfalen, nicht einmal einen Vertreter in dem Gantarifamt erhalten hätte. Aber ein Vertreter war Melcher zu wenig, trotzdem die zur Delegiertenwahl der christlichen Generalversammlung angegebene Mitgliederzahl von angeblich 1200 nur zu einem Vertreter langte. Er meinte zwar, die so zusammengerechnete Mitgliederzahl stimme nicht, woraus die Schlussfolgerung zu ziehen ist, daß der Vorstand des christlichen Verbandes den Mitgliedern die Unwahrheit berichtet hat. Die Tatsache, daß Melcher sich weigerte, die Zahlstellenabrechnungen vorzulegen, müssen wir so lange aufrecht erhalten, bis er diesem nachgekommen ist. Wir schlagen deshalb vor, Melcher mag den Ort, Tag und Stunde bestimmen, wo er bereit ist, die Originalabrechnungen vorzulegen, wir werden mit der unfrigen zur Stelle sein und kann dann die genaue Feststellung vorgenommen werden. Auch erklären wir uns bereit, falls sich herausstellt, daß dem christlichen Verband Unrecht getan ist, dies an dieser Stelle zu berichtigen. Mehr können wir doch nicht tun, um diese Angelegenheit in loyalster Weise zu erledigen.

Sehr gewürmt soll es Buchelt haben, daß die in Münster anwesenden christlichen Mitglieder nicht geredet haben, und aus reiner Bosheit habe er ein Mitglied beauftragt, zu Meister Schulz, einem alten Bekannten zu gehen, damit er den christlichen Vorstehenden entlasse. Nein, solche unchristliche Tat hat Buchelt nicht begangen, nur ist in diesem Fall mal wieder „zu christlich“ pioniert worden. Hätte man sich nur an Herrn Sch. selbst gewendet, dann wäre es nicht nötig gewesen, solche Schwimbeleien in die Welt zu setzen.

Als Schlussspekt der unehelichen Kampfweise ist ein von Buchelt an unseren Vorstehenden in Mägen gerichteter Brief abgedruckt. So mancher mag denken, daß die Verbindung der Christlichen bis in unsere Vorstände reichen muß, was wohl nicht der Fall ist, sondern es ist vielmehr anzunehmen, daß der Brief „christlich“ verschwinden ist. Der Brief ist mittags 1 1/2 Uhr auf der Arbeitsstelle von dem Adressaten gelesen worden, wurde dann in die Rocktasche gesteckt (der Rock hing an der Wand) und seitdem ist der Brief verschwunden. Da es ja sehr häufig vorkommt, daß auf ein und derselben Arbeitsstelle auch Mitglieder des christlichen Verbandes arbeiten, kann auch mal ein Brief verschwinden, was allerdings nicht als christlich bezeichnet werden kann. Warum sollten die zum Spionagedienst erzogenen Leuten dieses nicht bei uns tun, wenn sie sogar einen Geistlichen beobachten, ob er ein Freund der christlichen Gewerkschaften oder des katholischen Arbeitervereins ist, wie der „Arbeiter“, das Organ des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Sty Berlin) berichtet. Es erübrigt sich daher, an diese Handlungsweise „christlicher“ Gegner noch ein Wort der Kritik zu verlieren. In den Augen eines Mannes, der noch einen Funken Anstand besitzt, ist sie gerichtet.

Aber eine Lehre haben wir aus diesem Vorgang zu ziehen und das ist die, daß unsere Kollegen auf der Arbeitsstelle keine Briefe von Bedeutung in der Tasche tragen, kein Gespräch über interne Vorgänge führen, dafür berichte man wahrheitsgetreu alle Vorgänge von Bedeutung der Organisationsleitung.

*** Submissionsblüten.** Bei der Ausschreibung der Einrich- und Anstreicherarbeiten an dem neuen Postgebäude in Mainz liefen folgende unglaubliche Differenzen ein: Zwei Mainzer Firmen mit 19500 und 14000 M., eine Firma aus Hannover mit 9800 M. und von dem Meister Thiele in Schierstein a. Rh. 9500 M., also eine Differenz von 10000 M. Letzterer Meister, der schon seit Jahren für die Postverwaltung arbeitet, wird sicher die Arbeit für 9500 M. zugeschlagen erhalten. Dann wird man versuchen, durch Zahlung niedriger Löhne einen Teil der Differenz auf die Schultern der Kollegen zu werfen. Dies zu verhindern, wird Aufgabe der Kollegenschaft, der Organisation sein. Webrigens, sollte es auch möglich sein, daß hier die Staatsbehörde als Auftraggeberin einer solchen Vohndruckerei ihre Zustimmung erteilt?

*** Verunsinnfall.** In Kiel stürzte am 2. November der Kollege Ernst Wittmaack aus einer Höhe von drei Metern ab und erlitt einen Schädelbruch. Wie uns gemeldet wird, ist der Unfall dadurch herbeigeführt, daß Wittmaack schwindelig wurde.

Bleivergiftungen. Das Arbeiten mit Bleistoffen, Bleiweiß und anderen bleihaltigen Farben, Anstrichmitteln, Glasuren, zieht vielfach schwere Gesundheitschädigungen nach sich. Darauf ist von uns wiederholt hingewiesen und dargelegt, daß die zum Schutz gegen diese Gefahr angeordneten Maßregeln vielfach ungenügend sind, oft aber auch diese nicht einmal befolgt werden. Es muß dringend verlangt werden, daß die Verwendung von Blei und Bleipräparaten, wo sie durch andere Stoffe ersetzt werden können, ganz verboten werden. Unerwünscht, z. B. in Oesterreich und der Schweiz, bestehen schon mehrfach solche Verbote.

Blei und bleihaltige Stoffe und Farben rufen aber nicht nur bei der Verarbeitung, sondern auch, wie dem „Vorwärts“ berichtet wird, bei Benutzung von mit ihnen hergestellten Verbrauchsgegenständen Bleivergiftung hervor. Solche Fälle sind durchaus nicht selten. Wir wollen heute nur auf einige wenige Vergiftungsfälle dieser Art hinweisen. Medizinalrat Dr. Becker in Hildesheim berichtet in Nr. 11 der „Zeitschrift für Medizinalbeamte“ von 1908, daß drei Personen, Vater und zwei erwachsene Kinder, unter dem typischen Bilde der Bleivergiftung erkrankten. Trotz aller Nachforschens war zunächst eine Quelle der Vergiftung nicht zu finden. Schließlich kam man auf die Vermutung, daß vielleicht die vor kurzem neu aufgeklebten Tapeten bleifarbenhaltig sein könnten. Zur Schlafzimmern des Sohnes, der auch am stärksten erkrankt war, wurde in der Tapete der höchste Bleigehalt gefunden. Hier wurden auf einem Quadratmeter Tapete 14 Gramm Bleichromat oder chromsaures Blei nachgewiesen. Nach Entfernung der Tapete besserte sich das Befinden der Bewohner wieder. Die Entgiftung der Vergiftung war durch Berühren der Wände mit den Händen, Verstauben und Festhalten an den Kleidungsstücken zu erklären. Durch andauernde Aufstrichung kleinster Mengen des kumulativen Giftes war es zu den geschilderten Erscheinungen gekommen. Das von der Staatsanwaltschaft gegen die Tapetenfirma eingeleitete Verfahren mußte eingestellt werden, da eine Fahrlässigkeit bei der Herstellung der Tapeten nicht vorlag und ein Verbot der Benutzung von Bleichromat zu diesem Zwecke bisher nicht besteht. Bleichromat sollte zur Herstellung von Tapeten überhaupt nicht verwendet werden dürfen, wenn nicht durch einen Ueberzug über die Farbe ein Abstauben desselben sicher verhindert wird. Da dieser Schutz aber kaum durchgeführt werden würde, so sollte dessen Verwendung hierzu ganz verboten werden, wie dies betreffs des Schwefelurter Grün geschehen ist, das früher auch viel zur Tapetenbedruckung gebraucht wurde. Chromgelb oder Bleichromat können sehr gut durch andere unschädliche Farben ersetzt werden.

Chromgelb wird aber nicht nur zum Bedrucken von Tapeten, sondern auch zur Herstellung von Chromolithographien, Abziehbildern und dergleichen vielfach verwendet. Auf der im vorigen Jahre im Reichstage in Berlin abgehaltenen hygienischen Ausstellung war vom Reichsgesundheitsamt und vom hygienischen Institute der Universität Würzburg eine Anzahl solcher Bildchen, mit denen vielfach die Kinder spielen, und daneben die von den Kindern leicht abgelösten Mengen von Bleichromat ausgestellt, die zum Teil recht bedeutend waren. Daraus ließ sich die Gefahr ersehen, die das Inverkehrbringen solcher Bildchen zur Folge haben kann. Diese Verwendung von Chromblei sollte daher gleichfalls verboten werden. Selbst das unvorsichtige Gantieren mit metallischem Blei ist nicht ungefährlich, wie folgender Fall beweist: In die chirurgische Klinik in Prag wurde ein Mann eingeliefert, bei dem man zunächst eine Darmverengung vermutete, bei dem aber dann Bleivergiftung festgestellt wurde. Die Anamnese des Patienten ergab, daß er seit 10 Jahren bei der Bahn angestellt war, und während der letzten fünf Jahre, beinahe täglich bis 20 Waggons mit Bleiplomben berühren und diese wieder abgenommen hatte. Außerdem trug er die nötigen Plomben tagsüber in seiner Rocktasche, in die er öfter seine Hand steckte, und mit der er zuweilen frühstückte, ohne sich vorher die Hände gewaschen zu haben. Eine andere Entstehungsweise der Erkrankung war nicht nachzuweisen.

Die Bleivergiftungen sind bei Handwerkern, Malern usw. am häufigsten. Sie sind aber auch bei anderen Personen, wenn sie auf irgend eine Weise öfter mit Blei oder Bleipräparaten in Berührung kommen, durchaus nicht selten. Auch zur Verhütung solcher Vergiftungen sollten entsprechende behördliche Maßnahmen getroffen werden und Aufklärungen erfolgen.

Aus Oöln. Ein fortwährender Kampf war zu führen, um die Anerkennung und Einhaltung des im Jahre 1906 abgeschlossenen Tarifes. Während der Tarif im Jahre 1906 noch so leichtlich eingehalten wurde, machten sich 1907 schon häufiger Tarifbrüche bemerkbar, um in diesem Jahr einen Tarifbruch an den andern zu rufen. Wie wir es fast nach jeder Lohnbewegung erleben, daß für einen Teil der Kollegen die Organisation überflüssig ist, so machte sich dieses in Oöln ganz besonders bemerkbar. So mancher Versuch, durch Sperre die tarifbrüchigen Arbeitgeber zur

Einhaltung zu zwingen, scheiterte an der Indifferenz der Kollegen. Gerade in solchen Werkstellen, wo wir nur wenige oder keine Mitglieder hatten, gab es Tarifbruch in Benennung. Das so häufige stillschweigende Hinnehmen niedriger Löhne mußte brüderlich auf das ganze Lohn- und Arbeitsverhältnis wirken. Heute leiden nicht nur die unorganisierten Kollegen unter den vielen Tarifbrüchen, sondern die gesamten Berufscollegen werden hiervon betroffen. In ihrer Blindheit glauben sie für das, was sie selbst verschuldet, der Organisation noch einen Vorwurf machen zu können. Es ist mitunter nichts fernes, daß wir zu hören bekommen: „Sorgt erst einmal für die Einhaltung des Tarifs, dann werden wir auch Mitglieder werden.“ Unsere Arbeitgeber machen es ähnlich, sie weisen, um ihre Handlungsweise zu rechtfertigen, auf die Konkurrenz hin, oder daß die Gehülfen selbst sich unter dem Tariflohn (?) anbieten. Daß dieses nur alberne Ausreden sind, beweisen die vielen Klagen, die auf Zahlung des tarifmäßigen Lohnes beim Gewerbegericht anhängig gemacht werden. Wir können es den Arbeitgebern wohl gut nachfühlen, daß ihr Wunsch dahin geht, das Gewerbegericht gänzlich auszuschalten, damit die Tarifbrüche etwas mehr im Dunkeln bleiben. Würde man mit demselben Eifer, mit dem man bestrebt ist, das Gewerbegericht tot zu machen, für die Einhaltung des Tarifs eintreten, dann würde manchem Arbeitgeber der launere Weg dorthin erspart bleiben.

Wir waren ganz erstaunt, als wir im September 1907 im Oöln Stadtanzeiger, in einem Versammlungsbericht lesen mußten, daß Innungsmitglieder sich beschwerten, daß das Gewerbegericht nicht nach dem Tarifurteile. Schon wenige Tage später mußten wir erfahren, daß ein Innungsmitglied, das Lohnzweifelungen mit einem Gehülfen am Gewerbegericht zu erledigen hatte, geküßt auf § 12 des Tarifs gegen die Zuständigkeit des Gewerbegerichts protestierte. Es erfolgte eine Einladung zu einer Sitzung der Tarifkontrahenten am Gewerbegericht, wo nun über den strittigen Punkt des § 12, der da lautet: „daß zur Ausschaltung der Gerichte eine Schlichtungskommission gebildet wird“, verhandelt werden sollte. Der Leiter der Sitzung, Herr Justizrat Fröhlich, legte den Anwesenden klar, daß die Schlichtungskommission das Gewerbegericht nicht ausschalten könne, da kein unparteiischer Vorsitzender vorgesehen sei. Die mit aller Vollmacht ausgerüsteten Arbeitgeber erklärten, noch ehe ein Vertreter der Gehülfen zu Wort gekommen war, unter Führung des Herrn Schmitz, daß dann der Tarif für sie keine Gültigkeit mehr habe. Nur wegen des § 12 sei ein Tarif zustande gekommen. Wirklich sonderbare Klänge! Nur wegen des § 12 schließt man einen Tarif ab, und erst nach 1 1/2 Jahr entdeckt man, daß dieser im Tarif enthalten ist. Nicht einmal selbst, sondern ein Beilager der Holzindustriellen verwies auf die Schlichtungskommission im Tarifvertrag der Holzarbeiter, wodurch unsere Arbeitgeber erst auf den § 12 aufmerksam wurden.

Eine schriftliche Bestätigung über die Auserkennung des Tarifs durch Innung und Arbeitgeberverband ging der Organisation nicht zu. Auf eine Anfrage (der Einschreibebrief), ob für den Arbeitgeberverband der Tarif noch Gültigkeit habe, ist uns der Vorsitzende, Herr Schmitz, noch heute die Antwort schuldig. Da die Organisationen an dem Tarif festhielten, wurden auch alle Klagen vom Gewerbegericht nach dem Tarif entschieden.

Trotzdem der Arbeitgeberverband keine offizielle Erklärung abgegeben hatte, machte man Propaganda für die Ungültigkeit des Tarifs, ja man ging sogar so weit, die Auffassung zu verbreiten, als ob durch Entscheid des Gewerbegerichts der Tarif außer Kraft gesetzt sei. Um den Klagen am Gewerbegericht zu entgehen, wurden Sonderverträge mit den Gehülfen abgeschlossen, bei denen die Firma Maschau (Hohenstaufenring 56) sich besonders auszeichnete. Die Notlage der Kollegen wurde ausgenutzt, um den Lohn 5-10 % pro Stunde zu kürzen, und das bei Arbeiten, wo die Konkurrenz ausgeschlossen, indem es jedes Jahr wiederkehrende städtische Arbeiten waren. Der Vorsitzende des Arbeitgeber-Schutzverbandes, Herr Schmitz, konnte es nicht unterlassen, sich dem unfaubern Gebaren anzuschließen. Auch hier mußte er die Führung übernehmen. Löhne von 45 und 50 % statt 55 und 58 % pro Stunde sind bei ihm an der Tagesordnung. Zur Rede gestellt über sein Verhalten, erklärte Herr Schmitz, daß der Wert der Arbeitskraft sich nach dem Angebot und der Nachfrage richte. Merkt Euch das, Kollegen, wenn wieder eine bessere Konjunktur vorhanden ist!

Herr Schmitz erklärte in einer Gehülfenversammlung beim Tarifabschluß im Jahre 1906: „Er würde seinen ganzen Einfluß für die Durchführung des Tarifs geltend machen, der Tarif bringe uns den Frieden im Gewerbe, den wir so nötig bedürfen. Meister und Gehülfen müßten zur Hebung des Gewerbes Hand in Hand gehen. Er sei ein Freund der Arbeiter. Der Meister esse dasselbe Brot wie der Gehülfe.“ Und jetzt die Taten dieses Arbeiterfreundes! Dieses Treiben schädigt nicht nur die Gehülfen, sondern jedem ehrlich handelnden Arbeitgeber wird hierdurch jede Konkurrenz unmöglich gemacht.

Was die Arbeitgeber von ihrem „Führer“ zu halten haben, geht daraus hervor, daß während des süddeutschen Kampfes, wo Herr Schmitz als Vorsitzender des Arbeitgeber-Schutzverbandes die Mitglieder zur Solidarität ermahnte, keinen aus Süddeutschland kommenden Gehülfen einzustellen, er selbst streikende Gehülfen einstellte. Ob das den Arbeitgebern bekannt ist, entzieht sich unserer Kenntnis; doch soviel steht fest, würde so etwas in einer Arbeiterorganisation vorkommen, so würde sich dieser die Organisation von außen ansehen können. In einer Schlichtungskommissionssitzung am 13. Oktober glaubte Herr Schmitz uns den Vorwurf machen zu müssen, wir hätten nicht genügend für die Hebung des Handwerks getan, eine Eingabe an die Stadtverwaltung, „nur solchen Firmen Arbeiten zu übertragen, die den tariflichen Bedingungen nachkommen“, sei das einzige. Wir wollen dem Herrn Sch. die Ueberzeugung nicht rauben, doch steht fest, daß unsere ganze Tätigkeit nur auf die Hebung des Gewerbes gerichtet ist. Lohnzahlung, die um 10-13 % pro Stunde hinter dem Mindestlohn zurückbleibt, wird sicher nicht dazu angetan sein, das Gewerbe zu heben. Auch die sonstigen Taten dieses Herrn sind noch weniger hierzu geeignet.

In einem Neubau in der Weissenburgerstraße, wo die Küchensofel in Delfarbe gestrichen werden, läßt Herr Sch.

diese mit „Leim“ vorstreichen. Als vereidigter Sachverständiger für die Gerichte für das Maler- und Anstreichergererbe im Stadt- und Landbezirk Oöln müßte er doch wissen, daß das Grundieren mit „Leim“ auf Pflasterflächen, die in Delfarbe gestrichen werden, Pflasterarbeit ist. Wir nehmen an, daß Herr Sch. von seinem Auftraggeber dazu bestimmt worden ist, „Leim“ statt Öl zu verwenden; doch wäre es seine Pflicht gewesen, diesen auf die Unhaltbarkeit aufmerksam zu machen. Sollte Herr Sch. als „Sachverständiger“ auf dem Standpunkt stehen, daß auf diese Weise das Gewerbe gehoben werde, so können wir ihm versichern, daß er hier ungeteilten Widerpruch bei Meister und Gehülfen finden würde. Den Meistern wird hierdurch jede ethische Konkurrenz erschwert und den Gehülfen wird durch die Verwendung solcher Präparate die Arbeitsgelegenheit vermindert. Herr Sch. sollte lieber solche Aufträge zurückweisen, dann würde er auch nicht in die Lage kommen, bei solchen „Wohlfahrtsarbeiten“ (wie er sie bezeichnet), Notstandslohn zu zahlen. Uns scheint, daß Herr Sch. bei seiner Tätigkeit für die Hebung des Gewerbes an sich selbst irre wird.

Noch steht nicht fest, ob der Tarif am 31. März 1909 ablaufen soll, oder ob die Arbeitgeber sich dem Beschluß, daß der Tarif bis 31. Dezember 1909 als verlängert gilt, fügen.

Unsere Aufgabe muß es sein, bis dahin dafür zu sorgen, daß wir geschlossen dastehen, um allen Situationen gewachsen zu sein.

Versammlungsberichte

Sirsahberg in Schl. Die Versammlung am 7. November beschäftigte sich hauptsächlich mit dem Malermeister Otto in Gummersdorf. Dieser Meister, der das, was andere als Gehülfeleistung bezeichnen, als Mindestleistung verlangt, hat schon öfters seine Organisationsfeindschaft gezeigt. In jeder Zeit geht er sogar so weit, jedem nicht-organisierten Gehülfen, denn nur solche stellt er ein, sofort bekannt zu geben, sobald er dem Verband beitrete, er sofort ransflüge. Auch wird dieser Herr in seinem Treiben noch von einem Gehülfen unterstützt, für dessen Charakteristik wohl folgende Annonce am besten spricht, die 1905 mehrere Male im Vereins-Anzeiger stand: „3 A zahle ich demjenigen, der mir die Adresse des Malergehilfen Karl Denke genau nachweist. W. Otto, Maler, Gummersdorf im Nigb.“ Daß es in dieser Werkstelle zugeht wie in einem Taubenschlag, kann sich jeder denken, weswegen jeder zureisende Kollege gewarnt wird. Die heutige Versammlung beschloß nun, die Sperre über diese Werkstelle zu verhängen.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Das dürfen sich auch unsere Kollegen merken. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe erläßt einen Aufruf an die deutschen Bauarbeiter, dem wir folgende Sätze entnehmen: „Nicht allein das Herannahen der stilleren Geschäftszeit und die damit für jeden einzelnen unserer Fachgenossen verbundene Möglichkeit, sich mehr als sonst der Pflege unserer gemeinsamen Berufsinteressen zu widmen, sondern vor allem die Tatsache, daß unsere Organisation mit dem Abschluß des allgemeinen Tarifvertrages an einen wichtigen Abschnitt in ihrer Entwicklung angelangt ist, gibt uns Veranlassung, alle unsere Verbände und überhaupt alle Arbeitgeber des deutschen Baugewerbes erneut auf die Notwendigkeit der Stärkung und des weiteren Ausbaues unseres Bundes eindringlich hinzuweisen. Er ist auf dem Wege, das zu werden, wozu seine Gründer ihn schufen: zu einem Sammelbecken für alle Kräfte im deutschen Baugewerbe mit dem Hauptziel, ein unbedingtes Verteilungsmittel unserer Arbeitgeberschaft zu sein, gegen die überraschend schnell wachsende Macht der Arbeitergewerkschaften. Wir müssen emsig weiter bauen an dem Werk unserer Organisation; in immer weitere Kreise unseres Handwerks müssen wir die Ueberzeugung tragen, daß nur im engeren Zusammenschluß aller Fachgenossen das Heil des deutschen Baugewerbes liegen kann. Die Zeit des Friedens in unserm Gewerbe wird, wenn nicht Verträge trügen, zunächst bis zum 1. April 1910 dauern. Schon heute aber muß sich jeder ernsthaft wägende Fachgenosse, der erkannt hat, daß fernere Notwendigkeiten am ehesten gemeistert werden durch vorwärtige Tätigkeit in der Gegenwart, die Frage nach der späteren Gestaltung der Dinge vorlegen. Wenn wir diesmal einen Vertrag abschließen konnten, der vom Standpunkt der Arbeitgeberchaft im wesentlichen als befriedigend bezeichnet werden muß, so dürfen wir dabei nicht vergessen, daß die große wirtschaftliche Depression, die zurzeit auf dem deutschen Erwerbsleben lastet, uns ein starker Bundesgenosse war. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die deutschen Bauarbeitergeber einer Zeit entgegengehen, die die höchsten Anforderungen an ihren Gemeinsinn stellen wird. Von ihrer Einsicht in die Kraft des geeinten Willens wird ihre Stärke abhängen; geben sie dem Bunde diese Stärke, dann wird ein Kampf mit allen seinen schweren Erschütterungen des Wirtschaftslebens vermieden werden können. Dieses Ziel zu erreichen ist die Aufgabe unseres Bundes, ist die Aufgabe jedes einzelnen von uns.“ Der Aufruf weist dann noch darauf hin, daß jeder Bezirksverband und jeder Lokalverband eine rührige und nachhaltige Agitation vornehmen muß. Auch die Gleichgültigkeit soll und muß schließlich erkennen, daß die Gesamtinteressen auch die des einzelnen sind, und daß diese nur dann gewahrt werden können, wenn ein jeder dem tiefen Sinn des Dichterwortes nachlebt: „In Vereinstätigkeit ist alles!“

Diese Mahnung, sich zu organisieren und für künftige Kämpfe zu rüsten, gilt auch für uns. Und für uns noch mehr als für die Arbeitgeber.

Grubenunglück in Westfalen. Durch eine Kohlenstaub-Explosion in der Grube „Raddob“ bei Hamm haben 360 Bergleute ihr Leben eingebüßt. Die Rettungsarbeiten mußten völlig eingestellt werden und die in der Grube gebliebenen Arbeiter sind teils erstickt, teils verbrannt. — Wie viele Opfer müssen denn noch fallen, bis den deutschen Arbeitern ein ausreichender Arbeiterschutz zuteil wird?

Der Käuferbund, der sich vor einigen Jahren gegründet hat, wird im „Correspondenzblatt“ von der Gewerkschafts-Union als „Vereinigung unterzogen.“ Die beiden Heimarbeitersstellungen, so heißt es in dem Artikel, „lenken auf solche Augen das herrschende Geschlecht, die vorher nicht dergleichen gesehen hatten. Vielen, die bis dahin infolge ihrer Unkenntnis der wirklichen Verhältnisse sich keine Gedanken gemacht und sozusagen in den Tag hineingelebt hatten, gingen jetzt die Augen über, aber sie gingen ihnen auch auf, und ihr soziales Gewissen erwachte. Denen die Augen aufgegangen waren, die fingen nur an, auch andere Ungerechtigkeiten und Ungehörlichkeiten zu sehen, die ihnen vorher nicht zum Bewußtsein gekommen waren. Man bemerkte die abgepressten, nervös zuckenden Lippen der Verkäuferinnen, die einen endlos langen Tag fast ständig auf den Beinen sein müssen, sich nicht setzen dürfen, um dem Publikum nicht zu wenig entgegenkommend, dem Chef zu wenig geschäftseifrig zu erscheinen. Auch das siebrügelnde Gesicht, das angestrengte Auge der Puhmacherin, die aus der überfüllten, auch bei Tage künstlich erleuchteten Arbeitsstube hereingerufen wird, um zu hören, wie die Käuferinnen etwa den gelauften Hut geändert zu sehen wünschen, entgingen diesen nicht mehr.

So taten sich Frauen und Männer verschiedener Schichten, namentlich auch solche, die viel auszugeben vermögen und an deren Stundschaft den Geschäftslenten deshalb viel gelegen ist, zusammen zu einem Käuferbund.

Dessen Mitglieder wollen nur dort ihren Bedarf an Waren decken, wo die Produktion unter angemessenen Bedingungen geschieht, anständige Löhne gezahlt, die Arbeiter und Ladengehelfen behandelt werden, wie sich's gebührt. Der Bund trägt solche Firmen in seine Liste ein, und nur die in dieser enthaltenen finden bei Bestellung von Ausstattungen und Erteilung anderer größerer Aufträge wie bei Einkäufen Berücksichtigung. Die Firmen bemühen sich, Aufnahme in diese „weiße Liste“ zu finden. Vernünftigerweise verläßt sich nun der Käuferbund nicht darauf, was etwa Firmeninhaber oder den Geschäftsleuten nahestehende Personen ihnen über die Arbeitsverhältnisse und die Behandlung des Personals mitteilen mögen, auch nicht auf das, was einzelne seiner Mitglieder bei gelegentlichem Geschäftsbesuch wahrnehmen können; er wendet sich an die berufene Vertreterschaft der Arbeiterklasse, an deren eigene Organisationen, um Aufklärung zu erhalten.

Wenn nun auch sicher jede wirklich erhebliche und dauernde Besserung der Arbeitsverhältnisse nur durch den beruflichen Zusammenschluß der Arbeiter und Angestellten erzielt werden kann, so braucht auch diese allgemeine Nachhilfe seitens des konsumierenden Publikums nicht zu verschmähen; denn mancher Herr Wäsche-fabrikant, manche Inhaberin eines eleganten Modesealons hat sich schon gegenüber den berechtigten Wünschen ihres Personals nachgiebiger erwiesen, als es zuvor der Fall war, seitdem sie wissen, der Käuferbund holt Erfundigungen ein bei den Vertretern der organisierten Arbeiterschaft.

Da das Arbeiterinnen-Sekretariat als Zentralstelle für ganz Deutschland, an das solche Anfragen bisher gerichtet wurden, natürlich außerstande ist, über alle etwa in Betracht kommenden Branchen und Firmen Auskunft zu geben, jede einzelne Gewerkschaft aber sicher über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der wichtigsten Firmen ihrer Industrie unterrichtet ist, dürfte es ganz zweckmäßig sein, wenn die Organisationsleiter, an welche solche Anfragen des Käuferbundes gelangen, diesem stets sofort zweckdienliche Mitteilungen machen wollten.

Gewerkschaftlicher Zusammenbruch und, wo es sein muß, Kampf vor allen Dingen, aber im Kampfe gilt es, jeden Vorteil wahrzunehmen, und ein solcher ist sicher auch die Mithilfe der Konsumenten.

Ob der Käuferbund in die Lage kommen wird, irgend eine nennenswerte Wirksamkeit auszuüben, muß die Zukunft lehren. Jedenfalls ist das Prinzip, auch die Kaufkraft in den Dienst der Hebung des Volkes zu stellen, durchaus richtig und verdient eine praktische Erprobung. Es ist eine wichtige Forderung der Sozialpolitik, daß sich der Käufer um die Herstellungs- und Verteilungsbedingungen der Waren kümmert.

Steuerprogramm der „Samburger Nachrichten“. Bekanntlich herrscht Dalles im Reichsädel 500 Millionen Mark sollen durch neue Steuern aufgebracht werden. Selbstverständlich streuben sich die Besitzenden, ins Portemonnaie zu greifen — ihr Patriotismus geht nur bis an den Geldbeutel. Braut- und Schlotjunkerparteien sind darüber einig, daß die notwendigen Summen durch Besteuerung von „Massenartikeln“, das heißt, von solchen Waren, die vornehmlich von der Arbeiterschaft gekauft werden, aufgebracht werden müssen. Hier und da soll es von allem bluten. Ein ganz besonders schönes Steuerprogramm bringt aber die reaktionärste aller deutschen Zeitungen aufs Tapet. Es heißt darin:

„In erster Linie werden zwar Bier, Brautwein und Tabak daran glauben müssen. Aber es gibt noch eine Anzahl Sachen, deren Besteuerung im allgemeinen Interesse wünschenswert wäre, wenngleich große Erträge nicht daraus zu erwarten wären. Zunächst die Besteuerung von organisierten Streiks und Aussparungen. Die Gesetzgebung schützt die Koalitionsfreiheit in so weitgehender Weise, daß es nur billig und gerecht wäre, wenn jeder, der sich die Koalitionsfreiheit zunutze machte, dafür dem Reiche eine Steuer entrichtete. Die Allgemeinheit und das Publikum hätten einen Vorteil von solcher Besteuerung, weil dadurch die Anzahl der Lohnkämpfe wahrscheinlich herabgemindert würde. . . . Streiks, bei denen Erhöhung der Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit usw. keine erhebliche Rolle spielen, sondern die lediglich auf eine Machfrage hinauslaufen, wären in dieselbe Kategorie zu rechnen wie z. B. Champagner und Automobile und unter eine Luxussteuer zu stellen. Ferner wäre eine Besteuerung der Eingänge bei den Rassen der politischen Parteien wünschenswert. Es ist durchaus gerecht, wenn der, der seiner Partei Gelder zukommen läßt damit die Partei die Gesetzgebung möglichst zu seinem persönlichen Vorteil beeinflusst, von dem meist freiwillig gezahlten Gelde einen Teil als Steuer an das Reich abführt. Die Steuer wäre von der Partei selbst zu zahlen. Es wäre im alleseitigen Interesse, wenn man die

den Parteien zur Verfügung gestellten Gelder durch eine Steuer verringerte; das könnte zu einer Einschränkung des Parteihabers führen.“

Wie wir erfahren, will das Blatt demnächst noch eine Steuer auf das Denken vorschlagen, da aus einer Umfrage bei seinen Abonnenten mit Evidenz hervorging, daß auch nicht ein einziger von dieser Steuer betroffen wird.

Bei den Gewerbegerichtswahlen für die Arbeitnehmer in Regensburg haben nach hartem Ringen die freien Gewerkschaften am 8. November einen glänzenden Erfolg errungen. Von den 1941 Gesamtstimmen erhielten sie nicht weniger als 1486, während die Christlichen, die mit den kath. Arbeiter- und Gesellenvereinen auf „gut Bruderschaft“ getrunken hatten, sich mit 455 begnügen mußten. Diese Zahlen springen umso mehr in die Augen, als nach dem Wahlergebnis vor 3 Jahren die Christlichen noch 689, die Modernen 714 Stimmen auf sich vereinigten konnten. Es haben also erstere 235 Stimmen verloren, die letzteren dagegen 72 Stimmen gewonnen. Und dies alles, trotzdem die Wahllokalfrage recht ungenügend geregelt war und Hunderte unserer Freunde unverrichteter Sache wieder umkehren mußten. Unter den 8 Gewählten befindet sich auch unser Kollege Neuschel.

Arbeitslos und arbeitslos.

„Nichtarbeiten ist ein Zeichen verkommenen Tagesdiebes. Wer sich andauernd regelrechter Erwerbstätigkeit entzieht, gehört ins Arbeitshaus.“

(Aus einem Gerichtsurteil.)

„Zweifellos ist der Vorwurf „Arbeitscheu“ bei Leidigen, da er sich gegen einen untadeligen Ehrenmann richtet. Nichtarbeiten zum Zweck des Erwerbes ist in höheren Kreisen als Kennzeichen der Vornehmheit zu erachten.“

(Aus einem Gerichtsurteil.)

Arbeitslos!

Welch ein wunderliches Los!
Braten, Kochen und Konfekt,
Mustern, Importierte, Sekt,
Goldschmuck, funkende Brillanten,
Blausuchs, Zobel, Brülller
Kanten,
Prächtige Willen, Beletage,
Dienerschaft und Equipage,
Nachten, Jagden, Schlitten-
fahrten,
Kavalladen und Hazarden,
Tingel-Tangel, Soireen,
Nuch Maitressen wie die
Feen,
Leicht befried'gen alle Lau-
nen,
Schlafen süß auf Eider-
hammen,
Morgens neu gestärkt sich
spüren,
Wieder sich zu amüsiern,
Sommers, Winters, Tag
und Nacht
Wechselreich das Leben lacht.
Hei, wie lebt es sich famos!
Arbeitslos!

Arbeitslos!

Welch ein furchterliches Los!
Hunger wühlt in den Ge-
därmen,
Steine Kohlen, sich zu wär-
men,
Mleidung dürrig und zer-
schliffen,
Schuhwerk brüchig und zer-
rissen,
Obdachlos, kaum eine Kam-
mer,
Tag und Nacht nur Elend,
Kammer,
Harter Strohsack nur zum
Lager,
Körper stech und knochen-
hager,
Selbst der Schlaf den Trost
ver sagt,
Weil der Wurm der Sorge
naht,
Um die Kinder, um die
Frau,
Nicht ein Streifchen Him-
melblau,
Schwarz die Zukunft, hoff-
nungslos!
Arbeitslos!

Vernichtende Urteile über die positive Tätigkeit der Hirsch-Dunderföhen. Die sozialpolitische und statistische Tätigkeit der sonst vom Unternehmer wie von liberaler Seite so scharf bekämpften freien Gewerkschaften hat schon allgemein Anerkennung gefunden und viele sozialpolitische Fortschritte durchgesetzt. Besonders die Arbeiten des Reichsstatistischen Amtes sind von den Arbeiten der freien Gewerkschaften ganz wesentlich bereichert worden, während besonders die Hirsch-Dunderföhen Gewerbevereine auch in dieser Hinsicht völlig verlagern. Das sagen nicht nur wir, sondern auch ihre offenbaren Gönner, soweit sie zu jenen bürgerlichen Sozialpolitikern gehören, die wenigstens die moderne Arbeiterbewegung objektiv zu beurteilen sich bestreben. So schrieb die bekannte bürgerlich-liberale Zeitschrift „Soziale Praxis“ in ihrer Nummer vom 17. September d. J. bei Besprechung der Gewerkschaftsstatistik vom Jahre 1907 im Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich u. a.: „In der Gewerkschaftsstatistik fällt die Rückständigkeit der Berichterstattung der Hirsch-Dunderföhen Gewerbevereine auf, die, obwohl gering an Umfang, dennoch ihre Zahlen für 1907 noch nicht zur Verfügung stellen konnten und selbst für 5 unter 19 Fachverbänden nicht einmal die Angaben für 1906 zu liefern in der Lage waren.“ Dieses Urteil harmoniert vollständig mit dem, das ein bürgerlich-liberaler Statistiker, Dr. Paul Mombert, vor einigen Jahren über eine für 1903 erschienene Arbeitsstatistik der Hirsch-Dunderföhen Gewerbevereine fällt, indem er schrieb, daß derselben irgend ein allgemeiner Wert nicht zuzusprechen sei und daß sie keinen Vergleich mit den Erhebungen der freien Gewerkschaften standhalte. Daß die von den Hirsch-Dunderföhen Arbeiterzeitschriften zur Begründung ihres Daseins als ihre eigentliche Aufgabe gegenüber den freien Gewerkschaften marktschreierisch hervorgehobene positive Arbeit von ihren eigenen liberalen und tatsächlich sachkundigen Freunden so vernichtend beurteilt, ja ihr jeder Wert abgesprochen wird, während man die praktischen Arbeiten unserer Gewerkschaften demgegenüber als vorbildlich bezeichnen muß, ist zwar bitter für die Freunde des Unternehmens, wird aber dazu beitragen, daß in Arbeiterkreisen der Mächern der Gewerbevereine die gebührende Beachtung zuteil wird.

Gerichtliches.

Die Berufung in Strafsachen, die der Entwurf der neuen Strafprozeßordnung vorseht, hat vielfach eine freundige Zustimmung gefunden und ist als ein großer Fortschritt bezeichnet worden. Dieser Auffassung gegenüber macht der berühmte Rechtslehrer Dr. Franz von Liszt Bedenken geltend. Er schreibt nämlich: „Seine freundliche Aufnahme hat der Entwurf wohl in erster Linie dem Umstand zu verdanken, daß er nicht nur die oft verlangte Berufung gegen die Urteile der Strafkammern bringt, sondern sogar die nur mit Berufungsrichtern besetzte Strafkammer durch ein aus zwei Richtern und

drei Schöffen bestehendes mittleres Schöffengericht ersetzt. In der Tat aber bedeutet gerade die Verbindung dieser beiden Neuerungen dem bisherigen Recht gegenüber eine Verstärkung des Einflusses der Berufsrichter und zugleich eine Verschlechterung der Stellung des Angeklagten. Den Nachweis für diese Behauptung glaube ich erbringen zu können, ohne in technische Einzelheiten einzugehen.

Bisher war der Angeklagte (soweit nicht aus Rechtsgründen Revision ergriffen werden konnte) endgültig freigesprochen, wenn von fünf Richtern auch nur zwei von seiner Unschuld überzeugt waren. Jetzt kann der Staatsanwalt gegen die Freisprechung Berufung einlegen, auch wenn sie einstimmig erfolgt ist. Und er dringt mit ihr durch, wenn vier Richter des BerufungsSenats für die Beurteilung stimmen. Der Angeklagte wird also verurteilt, obwohl von den zehn Richtern, die mit der Sache befaßt waren, sechs ihn für unschuldig erklärt haben! In Wahrheit ist also die Juristenkammer nicht befeitigt, sondern zur höheren Instanz gemacht, hat mithin an Einfluß ganz erheblich gewonnen.

Nicht genug damit. Der Entwurf hat auch die sachliche Zuständigkeit des mittleren Schöffengerichts gegenüber dem bisherigen Recht bedeutend eingeschränkt. In einer ganzen Reihe von Fällen liegt es in dem Ermessen der Staatsanwaltschaft, sich nicht an das mittlere, sondern an das kleine Schöffengericht beim Amtsgericht (ein Richter, zwei Schöffen) zu wenden. Gegen die Urteile dieses Gerichts geht die Berufung nicht an den mit fünf Richtern besetzten Berufungsinstanz, sondern an die mit drei beamteten Richtern besetzte Berufungskammer. Der Angeklagte kann also, wenn er in erster Instanz einstimmig freigesprochen worden ist, endgültig verurteilt werden, obwohl von den im ganzen beteiligten sechs Richtern vier ihn für unschuldig und nur zwei für schuldig erachtet haben.

Dazu tritt noch eine wesentliche Erweiterung der Fälle, in denen künftighin der Amtsrichter allein, ohne Zuziehung von Schöffen, zu entscheiden hat; sowohl im ordentlichen als auch im beschleunigten Verfahren. Auch hier geht die Berufung an die mit drei beamteten Richtern besetzte Berufungskammer, so daß in diesen Fällen die Mitwirkung von „Laien“ völlig ausgeschaltet ist.

Es ergibt sich also: 1. durch die Einführung der Berufung wird der Einfluß der Juristenkammer wesentlich gesteigert; 2. der Preis für diese „vollständige Erwerbslosigkeit“ besteht in einer weitgehenden Beseitigung der Laienmitwirkung; 3. die Kosten trägt in allen Fällen der Angeklagte.

Soviel dürfte aus diesen Betrachtungen erhellen, daß die freundige Begrüßung, die der Entwurf gefunden hat, verfrüht gewesen ist; und daß es sorgfältiger praktischer Arbeit bedürfen wird, um zu verhindern, daß unter dem Schein einer Reform eine Rückwärtsentwicklung unseres Strafverfahrens erfolgt.

Von unserem proletarischen Standpunkt aus können wir den Ausführungen von Professor Liszt nur ganz bedingt zustimmen, weil uns die Erfahrung gelehrt hat, daß das Laienelement in der Rechtsprechung — wenn es sich um Klassenangelegenheiten handelt — noch schädlicher wirkt als das Berufsrichtertum. Das Proletariat befindet sich eben zwischen der Scylla des nach dem Buchstaben des Gesetzes urteilenden Berufsrichters und der Charybdis der von Klassenvorurteilen erfüllten bürgerlichen Laienrichter. Und es geht ihm wie dem frommen Dulder Odysseus, der sich zwischen Scylla und Charybdis hindurchwinden mußte.

Gewerbegerichtliches.

Augsburg. Ein gänzlich unhaltbares Urteil wurde am 20. Oktober vom Gewerbegericht Augsburg unter Vorsitz des Herrn Rechtsrates Forster in Sachen der Auslegung des Malerartikels gefällt. Der Tatbestand ist folgender: Der Malergehilfe E. war beim Malermeister W. beschäftigt, ein Lohn nicht vereinbart. E. beanspruchte daher den tariflichen Mindestlohn von 42 s pro Stunde, erhielt jedoch nur 40 s ausbezahlt, so daß eine Differenz von 2 s für 46 Arbeitsstunden durch E. irrtümlicher Weise beim Gewerbegericht Augsburg eingeklagt wurde. Nach dem Wortlaut des Tarifes wäre das Tarifa mit vollständig gewesen. Anstatt nun den Kläger an das Tarifamt zu verweisen, kam die Sache vor dem Gewerbegericht Augsburg zum Austrag, mit dem Erfolg, daß die Klage kostenfällig abgewiesen wurde wegen „Nichterfüllung der Mindestleistung“. Da jedoch das verlangte Leistungsquantum nur bei Neubauten und größeren Privatarbeiten Anwendung finden kann, was auch ausdrücklich in den Ausführungsbestimmungen des Tarifes niedergelegt ist und auch von dem als Sachverständigen vernommenen Gehilfen S. am Gewerbegericht geltend gemacht wurde, die geleistete Arbeit jedoch Ausbesserung und kleine Arbeiten umfaßt, welche in dem geforderten Quantum (bis zu 90 Quadratmeter pro Tag) weder gefordert noch hergestellt werden können, stellt dieses Urteil sonderbarer Weise eine direkte Tarifverletzung dar. Also eine Verletzung des gleichen Tarifes, auf welchen sich das Urteil scheinbar aufbaut. Die Schuld für diesen Vorgang trifft den als Sachverständigen vernommenen Malermeister Sieder in der Hauptfrage, indem sein Gutachten gänzlich unhaltbar ist; jedoch ist auch der Vorsitzende des Gewerbegerichtes nicht richtig verfahren. Zunächst hätte derselbe die Pflicht gehabt, die Entscheidung an die allein zuständige Stelle, das Tarifamt zu verweisen, mindestens hätte er jedoch den Wortlaut des Tarifes und der bezüglichen Stellen der Ausführungsbestimmungen sorgfältig anzuwenden müssen, dann hätte das Urteil niemals so ausfallen können. Die Ladung und Vernehmung weiterer mit dem Wortlaut des Tarifes vertrauter Personen, die beauftragt war, Lehnte das Gericht ab. Es wäre im Interesse des Ansehens des Gewerbegerichtes dringend geboten, dieses gänzlich unhaltbare Urteil so schnell wie möglich zu kassieren und durch Anberaumung eines neuen Termins den Kardinalirrtum zu beseitigen, damit dem Tarifvertrage in seinen Bestimmungen bei der neuerlichen Verhandlung Rechnung getragen werde. Die Herren Malermeister aber, die dabei eine Rolle spielten, haben das Dumm auf sich geladen, durch unrichtige Angaben das Gericht direkt irre geführt und dadurch das Fehlurteil bewirkt zu haben, wobei es nebenbei bemerkt, ob es mit oder ohne Ablicht gefälscht.

Dom Ausland.

Oesterreich. Graz, sämtliche Wagenlackerereien, sowie Viehing bei Wien (Werkstätte Brandner). Die Werkstätte A. Peksche in Eppan bei Bozen, in Innsbruck die Werkstätte Schraffl und Sauerwein Gmunden. Die Werkstätte Kluge ist gesperrt.

Ungarn. Gesperrt sind die Städte: Kassa, Szekesfehavar und Temesvár. Die Fr. Schloßnische Leistenvergoldungsfabrik und die Anstreichwerkstätte Joh. Felberbaum in Budapest sind gesperrt.

Schweiz. Gesperrt sind: Heidegger in St. Gallen; die Werkstätten: Keller in Sorgen. Gust. & Jul. Müller in Wädenswil, Gebr. Beer in Auderstatt.

Nach Zürich muß jeder Bezug von Malern ferngehalten werden.

Das Meißel im Senat.

Paris, 6. November. Der Senat behandelte gestern, nach dreiwerteljähriger Unterbrechung, wieder einmal den Gesetzentwurf über die Verwendung des Meißelweisses. Esagen wir es gleich, daß die interessierten Kreise der französischen Arbeiterschaft wieder einmal in ihren Hoffnungen getäuscht wurden. Der Senat kam über die Annahme im Prinzip des ersten Artikels nicht hinaus.

Wohl selten hat ein Gesetzentwurf durch seine Geschichte eine so traurige Verhüllung erlangt, wie der, der die Verwendung des Meißelweisses regeln soll. Seit den neun Jahren seiner Wiedereingabe von Kammer an Senat und umgekehrt hat sich manches ereignet. Die ursprünglich aus neun Mitgliedern bestehende Senatskommission schmolz auf vier Mitglieder zusammen, von den Ausgetretenen sind drei gestorben, zwei nicht wieder gewählt worden. Die drei verstorbenen Senatoren waren für den Gesetzentwurf, die beiden Senatoren, die in dieser Saison nicht wiedergewählt wurden (unter ihnen der bekannte Treille) gegen ihn. Unter den Arbeitern, die mit Meißel in Verührung kommen, sind zahlreiche Opfer gefallen. Nach einer Statistik des Pariser Professors Laborde sind in Paris allein während der Zeit, während welcher die Frage in Schwere ist, an 300 Arbeiter durch Meißelgiftungen gestorben. Wie groß mag die Zahl der Krüppel sein! Wie groß die der von den verschiedenen Krankheiten Betroffenen!

Daß die Syndikate der Maler schon seit langem die Durchführung der im Gesetzentwurf enthaltenen Vorschriften fordern, daß die ungeheure Mehrheit der Ärzte im Namen der Menschlichkeit und der Hygiene diese Forderung unterstützte, kümmert die Herren Senatoren als echte Vertreter ihrer Klassenossen, der Herren Meißelweissfabrikanten, blutwenig. Wie haben schon vor dreiwertel Jahren (damals beschäftigte sich der Senat auch in einer Sitzung mit dieser wichtigen Arbeiterfrage) auf die Ursachen hingewiesen, die den Streitpunkt der beiden Körperschaften Kammer und Senat bilden. Die Kammer beschloß das vollständige Verbot der Verwendung von Meißel ohne Gewährung einer Entschädigung der Fabrikanten. Der Senat will aber nur ein teilweises Verbot (Verbot der Verwendung für Sägenarbeiten) bewilligen und eine Entschädigung der Fabrikanten gewähren.

Mit Recht haben die Mitglieder der Kammer den Fabrikanten, die auf Kosten der Gesundheit und des Lebens der Arbeiter Reichtümer sammeln, jede Entschädigung verweigert. Haben doch auch die Richter der privaten Arbeitsvermittlung nach Aufhebung der privaten Vermittlung keine Entschädigung erhalten.

Die Herren Senatoren, die Gewählten des beschränkten Wahlrechts, sind dagegen voller Rücksicht für den Gebeutler der Arbeitermörder und für alle Feinde der Arbeiterklasse. Wie sie auf Seiten der Arbeitsvermittler waren, die die Arbeiter nach Kräften schröpften, so sind sie auf Seiten der Meißelweissfabrikanten, die den Tod und das Siechtum zahlloser Arbeiter auf dem Gewissen haben.

Nach der Annahme des ersten Artikels des Gesetzes stellte der Senator Maurice Faure einen Zusatzantrag im Sinne des Kammerentwurfes. Die Folge war, daß der Entwurf zum 10. und hundertsten Male an die Kommission zurückging und der hochlöbliche Senat sich vertagte.

Die Mitglieder der Kommission erklärten, das Institut Pasteur am Montag den 9. Nov. aufsuchen zu wollen, in dem absehende Erfahrungen mit dem Meißelweiss angestellt wurden. Die Kommission will auch die Arbeitsplätze des Hauses Leclat aufsuchen, das seit fünfzig Jahren bereits Rintweiss verwendet.

Nach den bisherigen Erfahrungen ist gar nicht zu hoffen, daß diese Absichten der Kommission etwa eine halbige Lösung der Frage zu Gunsten der Arbeiter herbeiführen.

Einzig eine Mobilisierung der betreffenden Arbeiterschichten durch ihre Organisation wäre vielleicht imstande, die öffentliche Meinung aufzuklären, sie zu gewinnen. Gelänge dies, dann könnten der Druck von außen und die Furcht dem Senat abzwängen, was durch andere Mittel unerreichbar scheint.

Ueber die Entwicklung des Brüsseler Volkshauses (Maison du Peuple) im ersten Halbjahr 1908 enthält das Organ der belgischen sozialistischen Genossenschaften einige Angaben, von denen unsere Leser die folgenden interessieren werden: Die Genossenschaft beschäftigt 350 Personen und erzielt im Jahre einen Umsatz von rund 6 Millionen Franken. Sie betreibt eine Bäckerei, eine Schlächterei, Kolonialwaren-, Kohlen-, Schnittwarenhandel, eine Apotheke, eine Kinematographentheater, ein Café und eine Abteilung für Verkehrsmittelwesen. Der Ueberschuß betrug 358 876,56 Fr. gegen 284 761,98 Fr. im ersten Halbjahr 1907. Den größten Teil des Ueberschusses lieferte die Bäckerei, die einen Nettoertrag von 256 310,98 Fr. abwarf. Die Genossenschaft verbrauchte für Medikamente und Heilmittel, die gratis an die Mitglieder abgegeben wurden, 44 276,78 Fr., außerdem verteilte sie für 12 330,58 Fr. Brot an kranke Mitglieder der Genossenschaft. Subventionen, worunter auch die Unterstützung politischer Bestrebungen fällt, erforderten 12 330,58 Fr. Die Mitgliederzahl wird nicht angegeben, doch soll sie ständig vermehren.

Technisches.

Die Lichtechtheit der Anilinfarbstoffe bildete schon öfters in der Fachpresse den Gegenstand von Erörterungen.

gen. Wie wir jetzt aus der Farbenzeitung (Berlin) erfahren, werden in letzter Zeit farbige Holzbeizen fast nur noch aus Lösungen von Anilinfarben bereitet, einesteils darum, weil die Darstellung derselben aus diesen Erzeugnissen so äußerst bequem ist und andernteils, weil mit Anilinfarben besonders lebhaft Farbtöne erzielt werden. Man wendet vielfach dagegen ein, daß den Teerfarbstoffen Unbeständigkeit anhafte; das ist nun zwar für gewisse Farbstoffe richtig, aber nicht allgemein gültig; besonders unter den neueren und neuesten Teer- oder Anilinfarbstoffen finden wir eine genügende Auswahl lichtechter Farbstoffe, welche die natürlichen Pflanzenfarbstoffe bezüglich ihrer Lichtechtheit nicht nur erreichen, sondern dieselben in den allermeisten Fällen noch überragen. Der Grund, warum die Teer- oder Anilinfarbstoffe im Publikum immer noch als lichtechteres Gefinde verpönt sind, ist heute nicht mehr stichhaltig. Mit den uns heute zu Gebote stehenden Farbstoffen und Chemikalien sind wir imstande, Wasserbeizen herzustellen, welche vernünftiger Ansprüchen bezüglich ihrer Lichtechtheit genügen. Absolut lichtechte Farbstoffe gibt es aber weder unter den natürlichen Pflanzenfarbstoffen, noch unter den künstlichen Farben. In allen Fällen hängt eben die Lichtbeständigkeit oder Unbeständigkeit von der richtigen Wahl des Farbstoffes ab, dann aber auch von der richtigen Anwendung des Stoffes und von der Intensität der vorgenommenen Färbung; ein dunkler Farbton ist stets echter, als ein mittlerer, und dieser wiederum widerstandsfähiger als ein heller.

Verschiedenes.

Macht sie nicht rebellisch!

„Was sagten Sie dem Manne eben?“ „Ich sagte ihm, er solle sich beeilen.“ „Was berechtigt Sie, ihm das zu sagen?“ „Ich bezahle ihn, damit er sich beeilt.“ „Wieviel zahlen Sie ihm?“ „Drei Mark täglich.“ „Woher nehmen Sie das Geld, um ihn zu bezahlen?“ „Ich verkaufe Ziegelsteine.“ „Wer macht die Ziegelsteine?“ „Er.“ „Wieviel Ziegelsteine macht er?“ „Hierundwanzig Mann machen täglich 24 000 Steine.“ „Also, anstatt daß Sie ihn bezahlen, zahlt er Ihnen täglich sieben bis acht Mark, damit Sie umherstehen und ihn sagen, daß er sich beeilen solle.“ „Schon recht, aber ich besitze die Maschinen.“ „Wie haben Sie die Maschinen erlangt?“ „Ich verkaufte Ziegel und kaufte sie.“ „Wer machte die Ziegel?“ „Schweigen Sie! Sie machen sonst die Leute rebellisch und dann werden sie die Ziegel für sich selber machen wollen!“ (Aus dem Englischen von Verus.)

Internationale Hilfssprache. Das Interesse, das man in den letzten Jahren dem Problem einer internationalen Hilfssprache entgegenbringt, ist ein außerordentliches. Die zunehmende Internationalisierung des Handels, des Verkehrs, der Wissenschaft, der Arbeiterbewegung usw. macht in steigendem Maße ein internationales Verständigungsmittel nötig. Die Zeiten, wo man eine lebende Sprache zur Weltsprache machen wollte, sind endgültig vorüber. Die Schwierigkeit jeder lebenden Sprache und der Chauvinismus lassen dies nicht zu. Die Erhebung einer lebenden Sprache zur Weltsprache würde auch eine ungeheure Bevorzugung der betreffenden Nation in weltwirtschaftlicher und handelspolitischer Beziehung sein. Daß sich dagegen die anderen Nationen wehren, ist nur zu verständlich.

Die Versuche der letzten 20 Jahre auf hilfssprachlichem Gebiete sind nicht resultatlos geblieben. Bei Gelegenheit der Pariser Weltausstellung 1900 trat eine aus vielen wissenschaftlichen Korporationen gebildete Delegation zur Annahme einer internationalen Hilfssprache zusammen. Diese Delegation, welcher dann 310 Gesellschaften und 1250 Professoren beitraten, kam zu dem Beschluß, daß von allen Hilfssprachen das Esperanto nach Einführung einiger Verbesserungen brauchbar sei. Dauerlicherweise lehnten die Reformisten die Reformen ab und die Delegation propagierte dann das Reformesperanto selbst.

Auch die Sozialisten haben sich eine Presse in dieser Sprache geschaffen, den „Internaciona Socialisto“.

Wie wir ihm entnehmen, wird an den internationalen Sozialistenkongress 1910 in Kopenhagen der Antrag gestellt, Reformesperanto als Kongresssprache zuzulassen. Auch soll für die Kongreßteilnehmer ein Lehrbuch in deutscher, englischer, französischer und dänischer Sprache herausgegeben werden. Dies Vorgehen ist zu begründen, hat doch die Erfahrung gezeigt, daß Esperanto eine prächtige Kongresssprache ist.

Kollegen, die sich für diese Hilfssprache interessieren, teilen wir mit, daß Genosse H. Peus in Dessau, Astanischelstraße 107, gegen 30 J in Briefmarken Lehrbuch und Lesebuch der internationalen Sprache verfährt.

Literarisches.

Englische lokale Selbstverwaltung und ihre Erfolge ist der Titel einer neuen in der Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erschienenen Schrift. Diese Broschüre gibt einen Vortrag wieder, den der Londoner Grafschaftsrat Genosse William Sanders in Berlin gehalten hat. Preis der Broschüre 30 J. In guter Ausstattung 75 J. Zu beziehen durch alle Parteipostbeure, Kolporteur und Buchhandlungen.

In Freien Stunden. Von dieser im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erscheinenden Romanbibliothek liegen uns die Hefte 43 und 44 vor. Jede Woche erscheint ein Heft zum Preise von 10 J. Jeder Parteipostbeure, jeder Kolporteur nimmt Bestellungen entgegen.

Fachblatt für Holzarbeiter. Heft 10 des 3. Jahrgangs. Das Fachblatt für Holzarbeiter erscheint am 15. jeden Monats und ist gegen 1 M. pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungsstellen des Deutschen Holzarbeiterverbandes zu abonnieren sowie beim Verlag, Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.

Die Volksgesundheit, Zeitschrift des Verbandes der Vereine für Volksgesundheit. Herausgegeben unter Mitwirkung bedeutender hygienischer Schriftsteller. Die monatlich erscheinende Zeitschrift mit der Beilage „Mutter Kind“ kostet jährlich 3 M. Geschäftsstelle: Hermann Findeisen, Weihen.

Sterbetafel.

München. Am 1. November verschied unser Mitglieb Ludw. Schäfer im Alter von 38 Jahren an Lungenleiden und Chron. Nierenkrankheit. Am 27. Oktober verstarb unser Kollege Jenz Andersen im Alter von 23 Jahren. — Am 9. November unser Kollege August Engelke im Alter von 53 Jahren. Magdeburg. Am 10. November verschied unser treues Mitglieb Hermann Wiegmann im Alter von 18 Jahren infolge Lungen- und Rückenmarkentzündung.

Ehre ihrem Andenken!

Vereinsteil.

Bekanntmachung.

Ausgeschlossen wurde das Mitglied Ferdinand Cremer, Buchn. 51 880 durch die Filiale Düsseldorf wegen Aufstiftung zum Einbruch.

Auf Grund des § 7 b des Statuts das Mitglied Ludwig Biringer, Buchn. 27 299, geb. 17. Juli 1879 in Passau durch die Filiale München.

Die Neu- und Ersatzwahlen der Filialverwaltungen, welche bis zum 16. d. M. bei der Hauptverwaltung gemeldet, werden hiermit bestätigt.

Duplikate wurden ausgestellt für die Kollegen Wendelin Madert, Buchn. 22 122, bez. bis 38. W. 08 (Mannheim); Conr. Friedrichs, Buchn. 27 689, bez. bis 42. W. 08 (Dresden); Frdr. Tjaden, Buchn. 50 320, bez. bis 40. W. 08 (Wilhelmshaven).

Der Vorstand.

Bericht der Hauptkasse vom 10. bis 16. November.

Eingeliefert wurde: Chemnitz 400, Posen 400, Weimar 100, Friedberg 180, Herford 200, Worms 80, Zeitz 110,85, Sagen 150, Bielefeld 370,50, Braunschweig 200, Zittau 200, Elberfeld 200, Heulenroda 41,55, Düsseldorf 300

Material wurde verandt: B. = Beitragsmarken. C. = Eintrittsmarken. F. = Futterale. G. = Kalender. H. = Markenmappen. J. = Jamburg 800 W. a 20 J.; Bauen 400 W. a 50 J.; Blankenburg 5 R. (für Schierke); Chemnitz 2000 W. a 50 J.; Köln 20 R.; S. R.; Grimmschau 12 R.; Danzig 20 R.; Emben 2 R.; Erlangen 10 R.; Forst 10 R.; Friedberg 20 R.; Glauchau 400 W. a 50 J., 18 R.; Göttingen 30 C., 20 R.; Heilbronn 12 R.; Herford 800 W. a 60 J.; Herne 10 R.; Kattowich 400 W. a 60 J., 800 W. a 25 J.; Mannheim 30 R.; Marburg 10 R.; Meerane 25 R.; Mühlhausen 200 W. a 50 J.; Planen 10 R.; Wrenslau 12 R.; Saalfeld 200 W. a 55 J.; Straßburg 10 R.; Werdau 1 W.; Wernigerode 12 R.; Wilhelmshaven 6 R.

Vom 11. Oktober bis 10. November gingen für ausgezahlte Krankenunterstützung Scheine ein: Aachen A. 3,90, Altenburg 10,40, Berlin 783,50, Braunschweig, 29,75, Bremen 96,30, Breslau 151,75, Cöln 119,25, Erfeld 14,10, Danzig 43,70, Dresden 74,25, Düsseldorf 47,75, Erlangen 18,—, Erfurt 84,—, Effen 11,40, Finsterwalde 11,20, Frankfurt a. M. 422,10, Frankfurt a. O. 5,25, Friedberg 22,20, Gießen 97,70, Glauchau 12,50, Gotha 65,30, Göttingen 18,—, Halle 167,25, Hannover 97,—, Hamburg 589,60, Jena 50,75, Kiel 88,—, Leipzig 96,15, Plegnitz 7,—, Lübeck 6,—, Magdeburg 30,40, Mainz 208,35, Meß 17,10, Meuselwitz 7,80, Neugersdorf 4,50, Neumünster 4,—, Neustadt a. O. 9,50, Nürnberg 152,50, Oberstein 2,—, Potsdam 8,40, Regensburg 7,60, Reichenbach 16,80, Rostock 7,65, Saarbrücken 5,85, Sagan 4,20, Schweinfurt 2,40, Schwerin 2,60, Singen 12,50, Spandau 33,75, Stettin 59,50, Straßburg 26,35, Stuttgart 9,—, Trier 14,30, Wabenburg 4,80, Weimar 47,65, Weiskammer 3,50, Wiesbaden 152,50, Wilhelmshaven 15,15, Witzburg 100,05, Zeitz 104,35, Zwickau 6,—; in Summa A. 4263,10.

Sterbescheine gingen ein: Aachen A. 10,—, Altenburg 10,—, Bamberg 10,—, Berlin 210,—, Braunschweig 20,—, Bremen 20,—, Breslau: 55,—, Cöln 60,—, Danzig 20,—, Dresden 45,—, Düsseldorf 10,—, Frankfurt a. M. 65,—, Freiburg 20,—, Gotha 10,—, Halle 20,—, Hamburg 170,—, Hannover 10,—, Leipzig 20,—, Mainz 20,—, Neustadt a. S. 10,—, Nordhausen 10,—, Nürnberg 25,—, Orlanenburg 10,—, Regensburg 10,—, Trier 10,—, Werdau 10,—, Wiesbaden 20,—, Wilhelmshaven 10,—, Zeitz 10,—; in Summa A. 930,—.

Zentral-Kranken- und Sterbetafel der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands (Eingelieferte Hilfskassen Nr. 71.)

Bericht des Hauptkassierers vom 8. bis 14. November. Ueberschüsse von den örtlichen Verwaltungen wurden eingeliefert von Raimbre Bremen A. 100, Bessert-Friedrichshagen 100.

Zuschüsse an die örtlichen Verwaltungen wurden abgefordert an Olawsky in Hirschberg i. Schl. A. 50; Wehler-Sölingen 50.

Krankengelder erhielten Buchn. 29 113, S. Hörfmann in Bad Reichenhall, A. 18,90; Buchn. 18 807, B. Bülow in Wittlich in Lauenburg, A. 25,20; Buchn. 14 876, C. Jung in Weiden i. Bayern, A. 12,60; Buchn. 14 883, C. Bollbrant in Rendsburg, A. 6,90; Buchn. 24 472, F. Wicher in Calw i. Württemb., A. 10,50; Buchn. 2895, B. Pbilowst in Brandenburg a. Savel, A. 12,60; Buchn. 344, S. Tietzen in Bippfing, A. 37,30. F. S. Wulle, Hamburg 22, Schmalenbederstr. 17.

